Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1948

7 (17.1.1948)

Visual Library

3. Jahrgang / Nummer 7

Druck u. Verlag: Badendruck, GmbH., Karlsruhe, Lammstr. 1b-5. Telefon 4051/53. Ausgaben für Karlsruhe, Khe.-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal, Friedrichstr., Kaufh. Schardt.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Samstag, 17. Januar 1948

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20, Postbezug RM 2.60 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Zeile RM.2.—; Ausg. Pforzh. RM. 1.—. Amtl. städt. Anz. d. Hälfte

Agitations- und Streikplan der KPD

„Brechung des monopolkapitalistischen Angriffs" / KPD distanziert sich

Berlin, 16. Jan. (AP) Die Berliner Zeitung „Der Kurier" bringt am 14. d. Mts. in einem Teil ihrer Auflage folgende Meldung aus Dortmund: In politischen Kreisen Westdeutschlands wird ein Agitations- und Streikplan bekannt, der unter dem Stichwort „Protokoll M" in der Kommunistischen Partei vorbereitet worden ist. Darin heißt es: „Der Kernpunkt des Winterkampfes ist die Brechung des monopolkapitalistischen Angriffs und des sogenannten Marshall-Planes. Die kommunistische Informationszentrale in Belgrad wird den gemeinsamen Kampf aller Sozialisten in Europa koordinieren. Obwohl selbst noch nicht Mitglied dieser Zentrale, kommt der deutschen Partei in dem bevorstehenden Kampf eine Schlüsselstellung zu. Die gemeinsame Arbeiterklasse aller Nationen wird die notwendigen Hilfsmittel aufbringen. Die deutsche Partei hat die Aufgabe, diese Hilfsmittel rücksichtslos einzusetzen, wo sie den größtmöglichen Nutzen bringen."

„Aus praktischen Gründen ist es notwendig, daß bei den zum Ausbruch gelangenden Streiks die Genossen Funktionäre nicht in vorderster Linie stehen. Es muß aber nach dem Plan „R" weiterhin dafür gesorgt werden, daß die Arbeitsausstände gleichzeitig im Transport- und Produktionswesen zustandekommen. Die Gewerkschaften der Transportarbeiter und die Metallarbeiter-Verbände sind die Träger der Streikwellen. Die Partei hat sich unter allen Umständen aller Eingriffe zu enthalten. Besonderes Gewicht erhält die Bahnstrecke Bremen — Düsseldorf und Hamburg—Bielefeld. Kernpunkt des Transportarbeiterstreiks ist Dortmund."

„Sollte es nicht möglich sein, bis zur Terminzeit genügend Vertrauensleute zu gewinnen, so muß dafür gesorgt werden, daß unter Leitung sozialdemokratischer Genossen die Aufgaben erfüllt werden können. Besondere Aufgabe der Kaders ist es, die schwachen Punkte in den Massen-Agitationen der SPD ausfindig zu machen. Die Genossen Konitzer, Drabe, Jablonski, Kröger, Ludwig, Großenheim und Pilz haben die Befugnis des Exekutiv-Komitees für die Aktion an der Ruhr erhalten."

„Da mit einem vollen Verbot aller Parteiorgane zu rechnen ist, werden stationierte Sender und das ausgebaute Kuriernetz für laufende Versorgung mit Agitations- und Informationsmaterial sorgen. Es ist sicherzustellen, daß die angelieferten Empfangsgeräte rechtzeitig und beschlagnahmesicher installiert werden. Die Agitationskaders sieben, elf und vierzehn haben die Aufgabe, die Volksabstimmung und die Sozialisierung an der Ruhr zu popularisieren. Es ist dabei durchaus im Sinne des Zentral-Exekutivkomitees, wenn die SPD vorerst die maßgebenden Stellen im gemeinsamen Agitationsausschuß besetzt."

Wie aus London bekannt wird, gab das britische Außenministerium am 15. d. Mts. bekannt, daß es eine Abschrift des „Protokolls M", des als „kommunistisches Sabotageprogramm zur Lähmung der Ruhrindustrie" bezeichneten Dokuments, erhalten hat.

Aus Berlin meldet Dena, daß Pieck und Grotewohl von dem Plan wußten. „Wir wußten von dem Plan und waren den Fälschern eng auf der Spur", heißt es in einer von den SED-Vorsitzenden Pieck und Grotewohl unterzeichneten Entschließung des SED-Vorstandes: „Wir wissen, daß dieses Schanddokument fortgesetzt ergänzt und verändert wurde und daß zuerst bei Auftauchen dieses Planes die Militärbehörden Zweifel über die Wirksamkeit einer solchen Provokation hatten." Erst die Ergebnisse der Frankfurter Konferenz und die „große Auswirkung des Deutschen Volkskongresses" hätten zur Veröffentlichung dieses „Bubenstücks" geführt, das geschaffen worden sei, um die Kämpfe der Arbeiter zu diskreditieren.

Reimann zum Geheimprotokoll „M"

Berlin, 16. Jan. (Dena) Max Reimann, der erste Vorsitzende der KPD der britischen Zone, erklärte am Donnerstag im Berliner Rundfunk, das Geheimprotokoll „M" sei eine „glatte Provokation". — Der Text dieses falschen Dokumentes lasse erkennen, daß es vom „ausländischen Geheimdienst und deutschen Agenten" hergestellt worden sei. Mit dieser „in London gestarteten Provokation" versuche man, die werktätige Bevölkerung aus Stadt und Land vom Kampf um die Einheit Deutschlands abzulenken und die friedliebenden Kräfte zu zersplittern, um die Errichtung eines westdeutschen Staates leichter durchführen zu können.

SP Bollwerk gegen Kommunismus

Bad Nauheim, 16. Jan. (Dena) Das amerikanische Außenministerium hat einen Bericht über die zur Zeit in Westeuropa vorherrschenden politischen Strömungen veröffentlicht. Darin wird festgestellt, daß die sozialdemokratischen Gruppen in Westeuropa das stärkste Bollwerk gegen den Kommunismus geworden sind.

Textor über Deutschland

Berlin, 16. Jan. (Dena) Die Bedeutung, die Deutschland innerhalb des Marshall-Planes zukommt, kann gar nicht überschätzt werden, erklärte der Leiter der amerikanischen Nachrichtenkontrollabteilung für Deutschland, Oberst Gordon E. Textor am 15. Januar in der Sendereihe „Freiheit gegen Totalitarismus" im Rundfunk des amerikanischen Sektors Berlin.

Textor erinnerte an die Bedeutung Deutschlands in der europäischen Wirtschaft als Exportland für Kohle, Stahl, Chemikalien, Maschinen, Werkzeuge, Fahrzeuge und andere industrielle Güter in Friedenszeiten. Durch die Entwicklung des Marshall-Planes zum Wiederaufbau Europas müßte es jedoch innerhalb von fünf oder sechs Jahren möglich sein, daß die Ausfuhr aus der Bizone Deutschlands der Einfuhr ungefähr die Waage reicht, so daß Deutschland seinen Außenhandel ausbauen kann und so in die Lage der Bizone versetzt wird, den Lebensstandard seiner Bevölkerung zu erhöhen.

Der Kernpunkt des Problems, fuhr Textor fort, liege darin, ob die kontinentalen Hilfsquellen an Kohle und Stahl, die zufällig in Deutschland lägen, für den Frieden und das Wohl aller europäischen Völker, einschließlich des deutschen Volkes verwendet würden. Die westlichen Demokratien sind entschlossen, dafür zu sorgen, daß sie dafür verwendet werden.

In diesem Zusammenhang ging Textor auf die Frankfurter Konferenz ein und hob hervor, daß die bei dieser Zusammenkunft erreichten Entscheidungen zwei bedeutsame Folgen haben werden. Einmal werde dem deutschen Volk selbst mehr Verantwortung über seine Wirtschaft übertragen werden und zum anderen werde der wirtschaftliche Rahmen so gehalten sein, daß die Deutschen an dem europäischen Wiederaufbau - Programm wirksam mitarbeiten könnten. Es besteht keineswegs die Absicht, einen neuen deutschen Weststaat ins Leben zu rufen.

Die französische Zone im Rahmen des Marshall-Planes

Washington, 16. Jan. (Dena-INS) Die amerikanische Regierung veröffentlichte am 15. Jan. einen Bericht über die Lage der französischen Zone Deutschlands im Hinblick auf den Marshall - Plan. Durch diesen solle die Wirtschaft der Zone so gehoben werden, daß sie in der Lage ist, ihre Einfuhren durch Ausfuhren zu bezahlen.

Wenn genügend Rohmaterialien zur Wiederbelebung der Industrie eingeführt und die Lebensmittelrationen denen der Bizone angeglichen würden, könne die französische Zone innerhalb weniger Tage eine ausgeglichene, selbständige Wirtschaft bei einem angemessenen Lebensstandard aufbauen. Danach könne sie viele Waren, die in Westeuropa dringend gebraucht würden, vor allem Fleisch, Stickstoff-Düngemittel, Schuhe, Textilien, leichte Maschinen und Baumaterial, exportieren. Auf der anderen Seite fehle es der französischen Zone an Getreide, Kali, Phosphatdünger, Kohle, Stahl, Baumwolle, Wolle, Häuten und anderem Rohmaterial. Wenn die Lebensmittelrationen der französischen Zone denen der Bizone angeglichen werden sollen, so müßten in den nächsten vier Jahren je 300 000 bis 400 000 t Getreide eingeführt werden. Auch der jährliche Kohlenverbrauch, der gegenwärtig rund vier Mill. Tonnen betrage, werde sich 1952 auf mindestens sechs Mill. Tonnen erhöht haben.

„Wir haben keine Absicht, aufzugeben"

Marshall sagt: „Europäischer Aufbau darf nicht verzögert werden" Zusammenbruch Europas wird ernste Folgen für die USA haben

Pittsburgh, 16. Jan. (Dena-Reuter) Der amerikanische Außenminister George C. Marshall erklärte am 15. d. Mts., die von den europäischen Ländern geübte etatliche Beschränkung des Außenhandels würde für das amerikanische Geschäftsleben und die amerikanische Industrie eine Frage „ernsten Charakters" werden, wenn nicht durch das europäische Wiederaufbauprogramm ein Ausweg aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gefunden werde.

Die Vereinigten Staaten würden jeder Nation oder Gruppe in Europa „entschieden entgegentreten", die versuchen sollte, den europäischen Wiederaufbau zu verzögern oder zu verhindern. Marshall verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß die gegenwärtige Überprüfung des Hilfsprogramms durch den Kongreß den Gesamtplan „in einigen Einzelheiten verbessern" werde, warnte jedoch vor „einer radikalen Veränderung seiner Grundstruktur", die seiner Ansicht nach die Aussichten gefährden würden, daß er „erfolgreich den Zweck erfüllt, für den er bestimmt ist".

Der Zusammenbruch der Außenministerkonferenz in Moskau im vergangenen Frühjahr, so führte Marshall aus, hätte eine vollständige Neubewertung der sich beständig verschlechternden Lage in Europa notwendig gemacht. „Sie hat uns zu dem wichtigen Schluß geführt", betonte Marshall, „daß wir vor der Wahl stehen, entweder Europa als ganzes aufzugeben, oder die Aufgabe des europäischen Wiederaufbaues zu Ende zu führen. Wir haben nicht die Absicht aufzugeben."

„Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die europäischen Länder, wenn sie gezwungen sein sollten, ihren gegenwärtigen Problemen ohne die weitere Unterstützung der USA entgegenzutreten, nur zu weiteren radikalen Handelsbeschränkungen und Kontrollen, die den internationalen Handel und Investierungen beeinträchtigen, schreiten könnten. Vielleicht noch wichtiger als die tatsächlichen Beschränkungen selbst würde eine Verschlechterung der Atmosphäre sein, in der sich das internationale Geschäftsleben abwickeln müßte."

Wenn unsere Geschäftsleute wieder die früheren Erleichterungen genießen und in den europäischen Ländern wohnen, Reisen und Geschäfte machen sollen, dann ist es wesentlich, daß die Europäer das Vertrauen in die USA und an die Gesundheit der liberalen Einrichtungen im allgemeinen zurückgewinnen.

Die amerikanische Unterstützung sei tatsächlich der entscheidende Beitrag, ohne den die Schlacht um den europäischen Wiederaufbau verloren gehen könnte. „Ein weiterer Niedergang und ein wirtschaftlicher und damit auch politischer Zusammenbruch Europas würde die ernstesten Konsequenzen für die USA haben." „Wenn es Europa nicht gelingt, sich zu erholen, und das kann es nicht ohne unsere Hilfe, dann werden die Rückwirkungen in der ganzen Welt zu spüren sein.

Wir stehen vor der Entscheidung, welches der klügere Weg ist: Sollen wir in den europäischen Wiederaufbau eine zwar große, doch unseren Mitteln entsprechende Summe investieren, mit der guten Aussicht, auf weite Sicht Gewinne zu erzielen, oder sollen wir unser überschüssiges Kapital für die Befriedigung unserer dringendsten Wünsche ausgeben, in der Hoffnung, daß der Tag der Abrechnung auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden kann?

Ich bin der Ansicht, daß der erste Weg in der gegenwärtigen Situation die richtige und wirksame Handlungsweise darstellt, um die Zahlungsfähigkeit und die Stabilität in Europa zu sichern. Ich glaube, daß dies unsere Aufgabe als Führer in einer verzweifelten Welt ist."

Reformen für die Bizone gefordert

Wirtschaftliche Erwägungen der US-Regierung über die Europahilfe Die Einstellung wirtschaftlicher Unterstützung Deutschlands wäre „undenkbar"

Washington, 16. Jan. (Dena-Oans) Die Höhe der finanziellen Hilfe, welche die einzelnen westeuropäischen Länder im Rahmen des Marshall-Planes erhalten sollen, ist noch nicht bestimmt, erklärte am 14. d. Mts. ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums. Eine Entscheidung darüber könne erst nach Billigung des Hilfsprogrammes durch den Kongreß erfolgen.

In einem neuen Bericht über die geplante amerikanische Hilfe für Europa veröffentlicht das amerikanische Außenministerium weitere Angaben über die wirtschaftliche Lage der beteiligten Länder und betont darin die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen für die Bizone. Vor allem sei dort die Einführung einer neuen Währung und gleichzeitig damit eine drastische Verminderung des aufgeblähten Geldumlaufs erforderlich. Obwohl es an sich wünschenswert erscheine, solch eine Reform in ganz Deutschland durchzuführen, müßten die erforderlichen Maßnahmen auf die Bizone oder die drei westlichen Zonen beschränkt bleiben, falls kein Übereinkommen auf Viermächte-Basis erzielt werden könne. Ferner müßten nach dem Bericht des Außenministeriums die Kriegslasten und die Kosten des Wiederaufbaus möglichst gleichmäßig auf die Gesamtheit der Bevölkerung verteilt werden. Dazu sei eine gründliche Revision der deutschen Preisstruktur und die Festsetzung eines vernünftigen Wechselkurses für die neue deutsche Währung erforderlich. Der alliierte Kontrollrat hat praktisch aufgehört zu regieren.

Der Staatssekretär für die Armee im US-Verteidigungsministerium, Kenneth C. Royall, erklärte am 14. d. Mts. vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, von den drei Möglichkeiten, die den Vereinigten Staaten für ihre Deutschland-Politik offenstünden, empfehle er am meisten, Westdeutschland auf Grund des Marshallplanes zu unterstützen. Royall wies vor dem Ausschuß in seiner Stellungnahme zur geplanten Europahilfe auf den bedeutenden Beitrag hin, den Westdeutschland bei dem Wiederaufbau Europas leisten könne, wenn es industriell wieder aufgebaut werde.

Die Ver. Staaten könnten auch jede wirtschaftliche Unterstützung Deutschlands einstellen und die Streitkräfte und das Personal der Militärregierung zurückziehen, diese Lösung bezeichnete er als „undenkbar".

Royall erklärte, das bizonale Deutschland, das einen bedeutenden Beitrag bei dem Wiederaufbau Europas leisten könne, sei zur Antwort bereit, wenn es unterstützt werde.

Der amerikanische Innenminister Julius Krug erklärte vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats, die Vereinigten Staaten seien durchaus in der Lage, ihre Kohlen- und Erdölexporte an die Marshallplan-Staaten fortzusetzen.

Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten sind am 15. Jan. übereingekommen, daß eine formelle Wiederzusammenkunft der 16 Nationen der Pariser Wirtschaftskonferenz zum augenblicklichen Zeitpunkt „verfrüht" ist, jedoch haben sie beschlossen, daß die Sachverständigen der Marshall-Plan-Länder sofort einen Meinungsaustausch über die Schritte beginnen sollen, die zur Erfüllung der Selbsthilfeverpflichtungen notwendig sind.

Maßnahmen gegen die Inflation in USA

Wirtschaftsbericht Präsident Trumans vor dem Kongreß

Washington, 16. Jan. (Dena-Reuter) In einem Wirtschaftsbericht an den Kongreß — der dritten Botschaft innerhalb einer Woche — warnte Präsident Truman eindringlich vor einem wirtschaftlichen Rückschlag in den Vereinigten Staaten, der mit Sicherheit eintreten werde, wenn nicht sofortige Maßnahmen gegen die herrschenden inflationistischen Tendenzen ergriffen würden.

In seinem Bericht forderte Präsident Truman erneut eine Kontrolle der Preise und der Löhne sowie Rationierungsvollmachten für die Regierung. Die Löhne in den USA hielten nicht Schritt mit den sich erhöhenden Großhandelspreisen, die im Jahresdurchschnitt um 20 Prozent anstiegen, während die Unternehmergewinne im abgelaufenen Jahr um 33 Prozent über denen von 1946 lagen. Trotz der Zunahme des Nationaleinkommens ist die Kaufkraft der amerikanischen Konsumenten als Folge der erhöhten Preise um acht Prozent im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 1946 gesunken. Da durch die Preiserhöhung die Gesamtkaufkraft nicht zum Aufkauf der Industrie-Produktion der USA ausreichte, haben die Verbraucher teilweise auf ihre Ersparnisse oder auf Darlehen zurückgegriffen. Zum Teil wurde der Überschuß an Industriewaren auch durch den außerordentlich hohen Export beseitigt. Die Verbraucher in den USA haben insgesamt im vergangenen Jahr drei Milliarden Dollar weniger gespart und 3,1 Milliarden Dollar mehr an Darlehen aufgenommen als 1946. Gegen Ende des verflossenen Jahres entsprach das Kaufvolumen auf das Jahr umgerechnet, etwa 172 Milliarden Dollar und stellte damit einen wesentlichen Faktor bei den Preiserhöhungen dar.

Die amerikanische Staatsschuld in Höhe von 257 Milliarden Dollar wird in dem Bericht als ein ständiges Gefahrenmoment bezeichnet.

In dem Bericht wiederholt Präsident Truman seinen Vorschlag, die gesetzlichen Grundlagen für ein Zehnjahres-Programm auf sozialem Gebiet zu schaffen, das ein nationales Gesundheitsprogramm und Erziehungsbeihilfen einschließen soll.

Neuer Direktor der Nachrichten - Kontrollabteilung der Militärregierung Württemberg-Baden, Col. Nicholas Canaday. (Dena-Bild)

Bizone soll auf Fett verzichten

Düsseldorf, 16. Jan. (Dena) Die Vertreter der Ernährungsminister der Bizone haben im Anschluß an die gemeinsame Konferenz bei dem geschäftsführenden Gouverneur von Nordrhein-Westfalen im Einvernehmen mit dem Vertreter des bizonalen Verwaltungsamtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der NRW-Landesregierung über die Ernährungslage an Rhein und Ruhr am Donnerstag weiter beraten. Nach Schluß der Beratungen wurde ein Kommuniqué durch die Pressestelle der Landesregierung von NRW ausgegeben, in dem es u. a. heißt:

Alle Länder der Bizone verzichten für die 110. Zuteilungsperiode auf die Hälfte der geltenden Fettration, einschließlich der Zulagen. Die daraus entstehenden Einsparungen dienen dazu, um die Fettrückstände in NRW, die in der 108. und 109. Zuteilungsperiode entstanden sind, abzudecken und Nordrhein-Westfalen dadurch die Möglichkeit zu geben, in der 110. Zuteilungsperiode die Belieferung der Hälfte der Fettration wie in den übrigen Ländern durchzuführen.

In der 111. Zuteilungsperiode verzichten sämtliche Länder der Bizone auf Zuteilung von Fett unter der Voraussetzung, daß statt dessen die doppelte Menge an Zucker ausgegeben wird.

Rationen-Kürzung unumgänglich

Frankfurt a. M., 16. Jan. (Eig. Ber. -sch-) Nach einer Mitteilung von Staatsrat Dr. Seelos während der Pressekonferenz des Exekutivrats am 16. d. M. ist in der 111. Versorgungsperiode mit einer Herabsetzung der Lebensmittelrationen zu rechnen. Die bisherige Fettration von 150 g kann nicht aufrechterhalten werden. Der Fettbedarf für die Bizone beläuft sich im ersten Halbjahr auf 100 000 t. Aus der Eigenproduktion werden 41 000 t gewonnen, so daß ein Importbedarf von 49 000 t verbleibt. Es sind aber nur 25 000 t an Fettimport zu erwarten, so daß eine ungedeckte Fehlmenge von rund 24 000 t verbleibt. Für einen Versorgungsabschnitt werden in der Bizone rund 16 000 t Fett benötigt, greifbar sind zur Zeit nur 5062 t. Außerdem bestehen Rückstände aus dem letzten Abschnitt (allein in Nordrhein-Westfalen fehlen über 2000 t). Das Verwaltungsamt für Ernährung hat den Militärregierungen den Vorschlag gemacht, einen Teil dieser Rückstände durch Zucker abzudecken, da der Verwaltung für Ernährung Angebote ausländischer Privatfirmen auf Fettlieferungen vorliegen, sollen die Militärregierungen ersucht werden, eine Einfuhr dieser Fette zu genehmigen.

An Fleisch sind für den 111. Versorgungsabschnitt wieder 400 g eingesetzt. Sie werden aber (mit Ausnahme der Überschußländer) nur zur Hälfte aufgerufen werden können, zumal noch Rückstände aufzuholen sind. Die Brotration ist noch nicht endgültig geklärt. Man hofft, die bisherige Ration von 10 000 g aufrechterhalten zu können, wenn sich nicht größere Schwierigkeiten im Kartoffel-Mehl-Ausgleich (das sind die Mehlauflagen an solche Länder, die ihre übergebietlichen Kartoffellieferungen nicht erfüllt haben) ergeben.

Der Finanzminister der USA zum Marshall-Plan

Washington, 16. Jan. (Dena-Reuter) Der amerikanische Finanzminister John Snyder erklärte am 14. Jan. vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, er sei dagegen, daß die sechzehn am Marshall-Plan beteiligten europäischen Länder aufgefordert werden sollen, ihre Dollar-Guthaben in den Vereinigten Staaten für die Bezahlung des europäischen Wiederaufbaus zu verwenden.

Es wäre töricht, den sechzehn Ländern dies aufzuzwingen. Er bezifferte die Dollarguthaben der Staatsangehörigen dieser Länder in den USA auf vier Milliarden 800 Mill. Dollar nach dem Stande vom 30. Juni. Diese Dollarguthaben flüssig zu machen, wäre schwierig, da einige bereits zur Deckung von Anleihen vorgesehen seien. Europa, dessen Guthaben bereits niedriger seien als der notwendige Betrag zur Aufrechterhaltung einer eigenen stabilen Währung, benötige diese Fonds für seine normalen Handels- und Finanzgeschäfte. Ein Teil des von den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellten Geldes sollte Europa in Form von Hilfsleistungen, die nicht zurückgezahlt werden müssen und ein Teil in Form von Anleihen zugute kommen.

Später, vielleicht noch in diesem, wahrscheinlich aber im nächsten Jahre, sollten die Vereinigten Staaten den europäischen Ländern Gold und Dollaranleihen gewähren, um sie mit Reserven zur Deckung und Stabilisierung ihrer Papierwährungen auszurüsten.

Entscheidend dafür, ob einem Lande Hilfe in Form von Hilfssendungen oder Anleihen zuteil wird, solle von der Fähigkeit des Empfangslandes abhängen, in den kommenden Jahren die zur Bezahlung der Zinsen notwendigen Dollars zu verdienen.

Im Telegrammstil

Washington. Alle amerikanischen für Europa bestimmten Warenlieferungen unterliegen ab 1. März 1948 einer besonderen Lizenzierungspflicht. Diese Maßnahme ist nach Meinung amerikanischer diplomatischer Beobachter zum Schutze der Warenlieferungen im Rahmen des Marshall-Planes gegen Konkurrenzaufkäufe seitens der Sowjetunion und ihrer Hilfsstaaten ergriffen worden. (Dena-INS)

Lake Success. Wenn die Vereinten Nationen eine Beendigung der Kämpfe in Kaschmir nicht durchsetzen, dürfte es zu einem offenen Krieg zwischen Indien und Pakistan kommen, erklärte am 15. d. Mts. der indische Vertreter beim Sicherheitsrat, Gopalaswami Ayyangar. (AP)

Paris. Die französische Nationalversammlung vertagte sich am 15. d. Mts. gegen den Einspruch der Kommunisten bis zum 26. Januar. — Außenminister Bidault unterbreitete dem französischen Kabinett am 14. d. Mts. die anglo-amerikanischen Pläne für die Bizone. (Dena)

Belgrad. Ein Zahlungsabkommen zwischen der Bizone und Polen ist jetzt vom Zweimächte-Kontrollamt ratifiziert worden. (Dena)

Kairo. Assad Dagher, der Leiter der Presseabteilung der arabischen Liga, erklärte am 15. d. Mts. während einer Pressekonferenz, die arabischen Nationen beabsichtigten „unmittelbar nach der britischen Räumung in Palästina einzurücken." (Dena-Reuter)

Baden-Baden. Der am 20. November in London vereinbarte Handelsvertrag zwischen der französischen Besatzungszone Deutschlands und Großbritannien ist am 14. d. Mts. nach Billigung durch die britische Regierung und die französische Militärregierung in Deutschland in Kraft getreten. (Dena)

Frankfurt. Alle amerikan. Dienststellen werden ab 1. Februar von ihren deutschen Angestellten verlangen, daß ihre politische Überprüfung aus ihrer Kennkarte zu ersehen ist, teilt das amerikanische Hauptquartier für Europa am 14. d. Mts. mit. — Der Ernährungsausschuß des Wirtschaftsrates hat nach Mitteilung der Pressestelle des Wirtschaftsrates seine Beratungen über den Gesetzentwurf zur Neuordnung der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, der dem Ziel einer Produktionssteigerung dienen soll, beendet. Weiter wurde der Gesetzentwurf über die Auflösung der Reichsnährstandsorganisation fertiggestellt. (Dena)

Bad Nauheim. Der Dreierausschuß des Sicherheitsrates gab am 15. d. Mts. in Batavia bekannt, daß die indonesische Regierung die holländischen Vorschläge über Abschluß eines Waffenstillstandes und „politischen Friedens" angenommen hat. (Dena)

Düsseldorf. Die führenden Gewerkschaftsvertreter Nordrhein-Westfalens forderten am 14. d. Mts., zur Behebung der größten Ernährungsschwierigkeiten einen Teil der Haldenbestände abzuweigen und den deutschen Behörden zu Handelszwecken mit den Nachbarländern Holland, Dänemark und auch Norwegen zur Verfügung zu stellen. — Im Zuge der Besprechungen zwischen der amerikanischen Schrottkommission und deutschen Sachverständigen wurde von britischer Seite erneut die Einfuhr von 1,25 Mill. t ausländischer Erze zugesichert, falls wie geplant, 100 000 t Schrott im ersten Quartal 1948 exportiert werden. Die außerdem zur Erreichung des Produktionsziels von 4,8 Mill. t Stahl in diesem Jahr erforderlichen 1,25 Mill. t Erz wurden ebenfalls in Aussicht gestellt. (Dena)

Berlin. Trotz der Zonenschranken und der sowjetischen Opposition gegen den Marshallplan werden von der vereinigten britisch - amerikanischen Besatzungszone Deutschlands alle Anstrengungen unternommen, den Handel mit der sowjetischen Besetzungszone und den Staaten Osteuropas zu erweitern, erklärt General Lucius D. Clay, der amerikanische Militärbefehlshaber, in seinem am Donnerstag veröffentlichten Monatsbericht. (AP) — Berliner Firmen können, sofern sie weiterhin in Berlin eine Niederlage aufrechterhalten, ihren Sitz nach den Westzonen verlegen, geht aus einer Erklärung der Abteilung Wirtschaft des Berliner Magistrats hervor. — Der Vorsitzende der LDP in der sowjetischen Zone, Dr. Wilhelm Külz, teilte in einem Brief dem Berliner Landesverband der LDP mit, daß er sein Mandat als Berliner Stadtverordneter niederlegen werde. — Alle ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die sich in britischer Hand befanden und jetzt in der britischen, amerikanischen oder französischen Besatzungszone wohnen, können die Einlösung der in ihrem Besitz befindlichen, während der Gefangenschaft erworbenen Kreditgutscheine in Mark beantragen, teilte die britische Kontrollkommission für Deutschland am 9. d. Mts. mit. — Der Parteivorstand der SED nahm am 14. und 15. d. Mts. während seiner Sitzung zu den Vorschlägen der Frankfurter Konferenz Stellung. In einer Entschließung wird „die in Frankfurt erteilte Zustimmung zur Zerreißung Deutschlands als Preisgabe der nationalen Interessen des deutschen Volkes" bezeichnet. (Dena)

Bremen. Rund 2000 t Datteln aus Turkestan, die für die Bizone bestimmt sind, trafen am 13. d. Mts. ein. Es handelt sich dabei um die erste Rate des von den amerikanischen Behörden geplanten Importes von insgesamt 20 000 t Datteln für die deutsche Schulkinderspeisung. (Dena)

Hamburg. Im Monat Dezember hat die Zollfahndungsstelle Hamburg, wie unser Br.-Berichterstatter mitteilt, 105 Schwarzbrennereien ausgehoben und damit einen Rekord erzielt. 700 Schwarzbrennereien wurden im ganzen letzten Jahre festgestellt.

Zu Fragen deutscher Repräsentation

Stellungnahme Dr. Schumachers: Besatzungsmacht hat Schuld am Nervenkrieg

Bremen, 16. Jan. (Dena) Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, erklärte am 14. Januar während einer öffentlichen SPD-Versammlung, an dem „Nervenkrieg", der augenblicklich in Deutschland ausgefochten werde, seien nicht die deutschen Stellen, sondern die Besatzungsmächte schuld, die heute das Problem der Teilung der Welt auf deutschem Boden auskämpften.

Die „Volkskongresse" sind nach Ansicht Schumachers „eine absolute Umkehr jeder parlamentarischen Demokratie". Wer sie akzeptiere, verschreibe sich einer Diktatur.

Das Problem der deutschen Einheit liege bisher völlig in der Hand der Besatzungsmächte, sagte Schumacher. Nehme man aber eine nationale Repräsentation als gegeben an, dann müsse sich diese zunächst mit der Klärung folgender Fragen beschäftigen: Welche Besatzungstruppen leben von deutschen Lebensmitteln und exportieren diese und welche Besatzungstruppen bringen Lebensmittelimporte nach Deutschland? Als weitere vor einer zukünftigen deutschen Repräsentation zu klärende Frage bezeichnete der SPD-Vorsitzende die Haltung der einzelnen Besatzungsmächte in bezug auf Demontage- und Reparationsentnahmen, den Stand der „Sklavenarbeit" und Zwangsverpflichtung zur Arbeit in den einzelnen Zonen, das Recht der menschlichen Persönlichkeit und der Freiheit der politischen Parteien.

Wenn die SPD als erste Partei für den Marshall-Plan eingetreten sei, erklärte Schumacher, so sehe sie in diesem Plan dennoch keine Wunderformel, sondern die einzig mögliche ökonomische Blutzufuhr für die deutsche Wirtschaft.

Zur Ansicht der britischen Zeitung „The Economist", wonach die Deutschen in der Bizone nach Frankfurt jetzt die Verantwortung für ihre eigene Regierung übernehmen müßten, sei zu sagen, daß auch durch die Frankfurter Umgestaltungen noch „alle Gewalt von den Besatzungsmächten und nicht vom deutschen Volk ausgehe". „Wir können nicht auch noch die Verantwortung für die Besatzungsmächte übernehmen", sagte Dr. Schumacher, „denn alle entscheidenden wirtschaftlichen Fragen werden noch von alliierter Seite gelöst."

Schumacher lehnte die Verantwortung für die Tätigkeit des Wirtschaftsrates in Frankfurt ab und wandte sich energisch gegen „die Bestrebungen", der in Frankfurt in Opposition stehenden SPD die Verantwortung zuzuschieben. Er forderte als Garantie für eine Vertretung des deutschen Volkes nach der gegenwärtigen politischen Struktur neue Wahlen.

Verfahren gegen Stooß eingestellt

Stuttgart, 16. Jan. (Dena) Das Verfahren gegen den württembergisch-badischen Landwirtschaftsminister Heinrich Stooß ist, wie der öffentliche Kläger der Spruchkammer Ulm-Land, Alfons Bulling, der Dena am 15. Jan. mitteilt, eingestellt worden.

Kurz beleuchtet

Die verworrene Situation, in der sich Westeuropa, und damit Westdeutschland, zur Zeit befindet, wird von zwei Seiten wie von Scheinwerfern greil beleuchtet. Von der einen tritt der Versuch der Vereinigten Staaten von Amerika an Westeuropa heran, ihm aus dem Wirrwarr der Nachkriegszeit herauszuhelfen. Von der anderen ist es der Versuch Moskaus, Hunger und wirtschaftliches Chaos zum Dauerzustand zu machen, in der Hoffnung, den Rest des Kontinents in seine Einflußsphäre einzubeziehen. Daß Westdeutschland nach den mißglückten Versuchen in Frankreich und Italien eines Tages dabei eine wichtige Rolle spielen würde, war vorauszusehen, und der in Belgrad für die KPD ausgearbeitete Agitations- u. Streikplan ist nur eine Maßnahme in einer Reihe, den Marshallplan nicht zur Wirkung kommen zu lassen. In welchem Maße die KPD darin von Moskaus Anweisungen abhängt, erhellt aus der Bildung einer kommunistischen Parteiopposition verbunden mit dem Austritt alter KPD-Funktionäre in der britischen Zone, die am 16. ds. Mts. von Radio Stuttgart bekanntgegeben wurde. Wenn selbst alte KPD-Funktionäre den Marshallplan befürworten und jüngeren Kräften Moskauhörigkeit vorwerfen, muß wohl „etwas daran sein".

H. B.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Jahrg. Nr. 7 — BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN — Samstag, 17. I. 48.

Das Debakel

Das Debakel in der Ernährungslage wird durch die Erklärungen des württ.-bad. Landwirtschaftsministers Stooß grell beleuchtet. Er glaubt nicht, daß aus eigener Kraft noch eine Besserung herbeigeführt werden kann, es bestehe nur geringe Aussicht, die (kümmerliche) Fettration aufrechtzuerhalten, die Brotration werde voraussichtlich gesenkt werden müssen, Württemberg-Baden solle auf Weisung des Zweizonenamtes 3000 t seiner insgesamt 4000 t betragenden Fleischreserve abgeben. Eine Fülle von Hiobsbotschaften! Die Vertreter der Ernährungsminister der Bizone haben, wird gemeldet, in einer Konferenz im Einvernehmen mit dem Zweizonenamt für Ernährung empfohlen, in den Ländern der Bizone auf die Hälfte der Fettration zugunsten von Nordrhein-Westfalen zu verzichten.

Die schwere Krise in der Versorgung ist trotz im Vorjahr erhöhter ausländischer Lebensmittelzufuhren eingetreten. Die Schuld liegt in der Hauptsache bei den deutschen Erfassungs- und Verteilungsstellen, sie haben versagt. Württemberg-Baden bildet dabei, das sei der Wahrheit gemäß festgestellt, eine rühmliche Ausnahme. Schlange-Schöningen hat sich in seinem kürzlichen Rechenschaftsbericht darüber beschwert, daß den Anordnungen des Zweizonenamtes hinsichtlich Erfassung und Verteilung vielfach nicht Folge geleistet worden ist. Was sich im vergangenen Jahre auch auf dem Ernährungsgebiet an Schiebungen vollzogen hat, geht ins Aschgraue. Das Zweizonenamt hat keine Exekutivgewalt, das ist richtig. Einige Länder, z. B. Niedersachsen bei der Kartoffelaufbringung, haben unbekümmert auf Kosten der Gesamtheit einem Partikularismus gehuldigt. Pflicht des Zweizonenamtes und des Herrn Schlange-Schöningen wäre es gewesen, rechtzeitig zu kontrollieren, ob seine Anordnungen auch befolgt werden. Stellte man fest, daß das nicht geschah (wie jetzt dem Zweizonenamt klar geworden ist), mußte es erleben, daß Länderregierungen sich um seine Anweisungen nicht kümmerten (wie das Amt jetzt begriffen hat), so mußte es sofort an die Öffentlichkeit und zugleich an die Militärregierungen appellieren, daß ihm die Erfüllung seiner Aufgabe unmöglich gemacht würde. Es hätte mit aller Energie die Stärkung seiner Autorität verlangen müssen, es hätte darauf bestehen müssen, daß alle diejenigen, die praktisch seine Anweisungen sabotierten, unnachsichtig zur Rechenschaft gezogen würden, vom Ortsgewaltigen hinauf bis zum Minister! Nichts derartiges ist geschehen. Noch sitzen alle diejenigen, die für das derzeitige Debakel verantwortlich sind, standfest in ihren Ämtern. Das ist letzten Endes die Schuld der Männer des Zweizonenrates. Daß ihnen keine Exekutive gegenüber den Länderregierungen gegeben wurde, war ein Konstruktionsfehler. Daß sie die Exekutive nicht verlangten, als sich erwies, daß ohne sie nicht erfolgreich zu arbeiten war, ist eine Unterlassungssünde, die sich jetzt rächt. Sie beweist, daß nicht die geeigneten Männer an so verantwortlichen Stellen stehen. Sie müssen durch Persönlichkeiten ersetzt werden, die über das verfügen, was den jetzt Amtierenden fehlt: über harte Energie und die Fähigkeit eines schnellen und sicheren Handelns.

Nachdem man in der Erfassung schlimm versagt hat, vor den Augen eines scharf sehenden Auslandes, schreit man nach Auslandshilfe. Wenn Minister Stooß sagt, „es mögen noch Verbesserungen in der Erfassung erzielt werden können", so ist das, auf die Verhältnisse in der Bizone angewandt, ein Versuch, mit milden Worten einen traurigen Tatbestand zu verschleiern. Es wäre bei rechtzeitiger Verbesserung der Erfassungsmethoden und rigoroser Bekämpfung des Schiebertums eine erheblich bessere Versorgung der Bevölkerung möglich gewesen. „Was noch erreicht werden kann", sagt Minister Stooß, „gibt den Ausschlag nicht mehr". Die Betonung liegt auf dem „Noch", sie ist das Eingeständnis eines „Zu spät".

Wir polemisieren nicht gegen Minister Stooß. Württemberg-Baden steht mit reiner Weste da, es rangiert in der Erfassung an erster Stelle, bei den Schiebungen an letzter. Aber — und das ist das Empörende und Traurige der Sache! — es ist der Dumme dabei. In der britischen Zone, dem Dorado der Schiebungen, hat man die von süddeutschen Ländern dort in Kühlhäusern eingelagerten Fleischreserven seelenruhig verbraucht. Dafür soll Württemberg-Baden nun gezwungen werden, 75 Prozent seiner Fleischreserven, die zur Erfüllung der festgesetzten Rationen seiner Bevölkerung sorgsam geschaffen wurden, abzugeben. Der gute Hausvater also soll die Zeche bezahlen! Die Länder der Bizone sollen für Nordrhein-Westfalen die Hälfte ihrer Fettration abgeben! Vernunft wird Unsinn . . . Wenn das die ganze Kunst des Zweizonenamtes ist, dann hat es einen weiteren Beweis seines Versagens geliefert. Wir sind gespannt, wie sich die württ.-bad. Regierung zu dieser Forderung stellen wird.

Was hat zu geschehen? An die Stelle der Versager neue energische Männer in das Zweizonenamt! Schleunigste Ausstattung des Amtes mit Exekutivgewalt gegenüber den Ländern. Eine Verbesserung des Erfassungssystems, gründliche Nachsuche nach verborgenen Vorräten, rücksichtslose Bekämpfung des Schiebertums, Amtsenthebung und Bestrafung aller an dem Debakel Schuldigen.

Nur so läßt sich retten, was noch zu retten ist, nur so läßt sich das in der Bevölkerung schwer erschütterte Vertrauen wiederherstellen, nur so ist die Auslandshilfe zu erlangen, ohne die wir die Zeit bis zur nächsten Ernte nicht überwinden können. W. S.

Die Krise der Wirtschaftsämter

Wenn man sich die Erwartungen von sogenannten Leuten aus der Wirtschaft des In- und Auslandes noch einmal vergegenwärtigt, die seinerzeit beim Zusammenschluß der Bizone geäußert wurden, wäre man heute beinahe versucht, in ein Gelächter über solch „weitsichtige" Wirtschaftsfachleute auszubrechen. Doch angesichts der Lage, in der sich große Teile der Bevölkerung hinsichtlich der Befriedigung der primitivsten Lebensbedürfnisse befinden, vergeht einem auch hierzu die Lust. Es fehlt an allem, an Schuhwerk, Kleidung, Wäsche, Hausrat, Möbel, Öfen, Glühbirnen usw. Hält die Entwicklung so an, dann gehen weite Schichten des Volkes einer ausgesprochenen äußerlichen Verlumpung entgegen. Muß das so sein? Zugegeben, daß aus Mangel an Rohstoffen, Kohle, Strom usw. die Industriebetriebe in ihrer Leistungsfähigkeit nur zu 20—30 Prozent ausgelastet sind. Die immerhin erzeugte Menge könnte genügen, die gröbsten Schäden zu decken, wenn eine restlose Erfassung und gerechte Verteilung der Erzeugnisse durchgeführt würde, wobei zunächst das Hauptaugenmerk auf die Erfassung zu richten wäre. Wie sieht es hier aus? Lassen wir diejenigen sprechen, die es wissen müssen, nämlich die sogenannten Vertreter der Wirtschaft.

In dem Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe vom Dez. 1947 wird aufgezeigt, daß die Bewirtschaftungsanordnungen schon bei den Schlüsselindustrien (Rohstoffe) nicht eingehalten werden. Wenn zum Ausdruck gebracht wird, daß „das behördlich erfaßte und zur Verteilung gebrachte Material für die verarbeitenden Industrien ungenügend war", so liegt der Fehler nicht so sehr in einem Mangel an klaren Gesetzesbestimmungen oder an der Unfähigkeit der Landeswirtschaftsämter als Erfassungsbehörden, als an denjenigen, die sich einfach aus Gewinnrücksichten über bestehende Anordnungen hinwegsetzen und offene oder versteckte Sabotage an unserer Notbewirtschaftung treiben. Gegen derartige Zustände gibt es nur ein wirksames Mittel: die entschädigungslose Enteignung der Schlüsselindustrien und deren Überführung in die Hände des Staates. Nur so können diese Betriebe wirksam kontrolliert werden. Doch zu einem solch umwälzenden Schritt gehören eben bestimmte politische Voraussetzungen, die im Westen vom werktätigen Volk noch nicht geschaffen wurden. Wenn das Übel nicht am Ausgangspunkt beseitigt werden kann, dann ist es fast unmöglich, eine Wirtschaftslenkung bei der Halb- und Fertigindustrie durchzusetzen.

Lassen wir das Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammer weitersprechen. An Einzelbeispielen versucht es nachzuweisen, wie sich der Unternehmer aus „Pflicht- und Verantwortungsgefühl" heraus genötigt sah, sich auf den Weg der Selbstbeschaffung der Materialien, der sogenannten Kompensationsgeschäfte zu begeben. Wörtlich heißt es: „Derartige Vorgänge haben die Verlagerung des Warenverkehrs aus der Sphäre der staatlichen Bewirtschaftung zum grauen Markt und zum Kompensationsgeschäft nur gefördert. Handelte es sich ursprünglich für den Unternehmer wohl nur darum, den durch die Bewirtschaftungsbehörden nicht gedeckten Spitzenbedarf zu befriedigen, so kehrte sich allmählich das Verhältnis um und heute ist es, wie stichprobenweise vorgenommene Erhebungen beweisen, Tatsache, daß der staatliche Lenkungsapparat in einer Reihe von Sparten nur noch in der Lage ist, schätzungsweise 10—20 Prozent des von den Betrieben tatsächlich verarbeiteten Materials zuzuteilen. Dementsprechend gelangen auch sicher mindestens 80 Prozent Produktion nicht über die Bewirtschaftungsstellen, sondern auf anderem Wege an den Verbraucher, wobei die direkte Abgabe von Erzeugnissen des täglichen Bedarfs an die Arbeiterschaft als sogenanntes Deputat (Lebensmittelzuschüsse für Werkküchen und Sachwertprämien) zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft und ihrer Arbeitswilligkeit mit eingeschlossen ist."

Diese Feststellungen beweisen, wie weit wir schon in die sogenannte „Freie Wirtschaft" hineingeraten sind und was noch von der Zwangsbewirtschaftung übriggeblieben ist. Dementsprechend sieht auch die augenblickliche Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsämter aus. Weiter schreibt das Mitteilungsblatt: „Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß heute besonders in der britischen Zone (wo sich der Herd der Bewirtschaftungssabotage befindet — der Verfasser) offen die Frage erörtert wird, ob es nicht richtig wäre, die Bewirtschaftungsbehörden aufzulösen." Dies ist das erstrebte Ziel aller Unternehmer in Industrie und Handel, ob groß oder klein: Die „Freie Wirtschaft", verbunden mit der restlosen Beseitigung des noch bestehenden aber schon stark durchlöcherten Preisgefüges unter Ausnutzung des riesenhaften Mißverhältnisses zwischen Nachfrage und Angebot. Diese Gefahr, die das werktätige Volk mit elementarer Wucht treffen könnte, tritt mit dem Herannahen der Geldreform in ein akutes Stadium. Ihr könnte nur entgegengetreten werden durch die Erkämpfung eines Gesetzes über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, wobei sich die Mitbestimmung auf die Produktionsplanung, Kalkulation und Preisgestaltung, Rohstoffbeschaffung und auf die Absatzregelung erstrecken müßte. Wird dies nicht errungen, sind die Tage einer Nachkriegsnotbewirtschaftung, aus der wenigstens der ärmere Teil der Bevölkerung noch etwas, wenn auch wenig, erhalten konnte, gezählt. Dann steht es auch fest, daß die überwiegenden Kosten des Krieges und des Wiederaufbaues dem wirtschaftlich schwächeren Teil, den arbeitenden Massen aufgehalst werden. Und damit hätten die kapitalistischen Kräfte ihr vorläufiges, aber für die weitere Entwicklung entscheidendes Ziel erreicht.

Bürgermeister Riedinger

Haushaltsgesetz 1947 verabschiedet

Diskussion um Schulbücher und Hausrat vor dem Landtag

Stuttgart, 16. Jan. (Hue-Eigenbericht) In der 59. Landtagssitzung, über die wir schon kurz berichteten, klagte Abg. Bauser (CDU) über verschiedene Mißstände in den Schulen, wie Mangel an Lehrmitteln und Lehrpersonal. Kultusminister Bäuerle erwiderte, daß es bei den Lehrbüchern hauptsächlich an Hilfsstoffen wie Zellulose und Leim fehle. Über 100 000 ausgedruckte Bogen liegen noch unverarbeitet in den Druckereien. Von wirtschaftlicher Seite werde den Schulen nur eine untergeordnete Rolle zugewiesen. Er forderte einen Kontingentsträger, der diese Interessen vertrete. Sehr bedenklich sei die Überfüllung in den Schulklassen. Man müsse vordringlich für mehr Raum sorgen. Was die Entnazifizierung der Lehrer betreffe, so seien von 6700 Entlassenen rund 3000 wieder eingestellt, 1000 Fälle werden z. Zt. bearbeitet, bei der Militärregierung daure dies ca. 3 bis 4 Monate. 130 Fälle seien noch unerledigt. 1600 Hilfskräfte seien noch im Dienst, soweit es sich um qualifizierte Kräfte handle, würden sie gebührend berücksichtigt.

Der Staatshaushalt 1947 und das Haushaltsgesetz für 1947 wurden in dritter Lesung verabschiedet. Abg. Bauser (CDU) berichtete über den Entwurf des dem hohen Hause zur Beratung vorliegenden Gesetzes zur Erfassung von Hausrat. Man sei bei der Bearbeitung des Entwurfs behutsam vorgegangen, da man sich darüber im klaren gewesen sei, daß die Auswirkungen dieses Gesetzes von allen Seiten mit wenig Freude begrüßt würden. Es seien zwei Verfahrensarten vorgesehen, die eine beziehe sich auf Hausrat für Eingewiesene, die andere auf unbenutzte Möbel usw., die sich in Lagerhäusern befinden. Abg. Haußmann (DVP) schlug in der Diskussion vor, den vorliegenden Entwurf an den Rechtsausschuß zu überweisen. Abg. Brandenburg gab die Notwendigkeit, ein solches Gesetz zu erlassen, zu, wies aber darauf hin, daß dieses Gesetz Folgen haben könne, die nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringen seien. Er forderte deshalb ebenfalls Verweisung an den Rechtsausschuß. Eine großzügige Möbelbeschaffungsaktion durch die Industrie, die vorhanden sei, verspreche einen größeren Erfolg. Abg. Frau Langendörfer (KPD) sprach sich gegen den Entwurf aus. Sie gab ihrer Überzeugung Ausdruck, daß in der Hauptsache die Bombengeschädigten, die bis jetzt noch keinen eigenen Raum und ihre Möbel abgestellt hätten, die Hauptleidtragenden sein würden. Dieses Gesetz sei auch ein Eingriff in das Privateigentum. Sie verlange deshalb Überprüfung des Entwurfs durch den Rechts- und sozialpolitischen Ausschuß. Abg. Heurich (CDU) forderte eine Überprüfung und Feststellung der Kapazität der Möbelindustrie in Württemberg-Baden und genaue Angaben darüber, welcher Prozentsatz der verfertigten Möbel an die Besatzungsmacht gehe. Der Gesetzentwurf wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

In 2. Lesung wurde der Gesetzentwurf zur Ergänzung des Vertragshilfegesetzes angenommen.

Dertinger contra Jakob Kaiser

Berlin, 16. Jan. (Dena) Der von der sowjetischen Militär-Administration kürzlich eingesetzte Generalsekretär der CDU, Georg Dertinger, dessen Parteiausschluß jetzt von Berliner CDU-Mitgliedern beantragt wurde, erhebt in einem Rundschreiben an die Vorsitzenden der Landesverbände der CDU in der Sowjetzone den Vorwurf, Jakob Kaiser habe seinerzeit den „Volkskongreß" ohne besondere Rücksprache mit den Landesverbandsvorsitzenden abgelehnt.

Dem gegenüber betonen Anhänger Kaisers in der CDU-Leitung in Zuschriften an den „Tagesspiegel", es sei falsch und irreführend, wenn Dertinger in seinem Rundschreiben sage, an dem Volkskongreß sei die CDU nicht nur in großer Zahl, sondern vor allem auch durch ihre prominentesten Mitglieder beteiligt gewesen. In Wirklichkeit hätten diese Männer nicht die CDU vertreten, sondern seien „in anderem Auftrag" anwesend gewesen.

Dem Mitglied des Hauptvorstandes der Sowjetzone-CDU und Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, Dr. Johannes B. Bradl, wurde am 14. Jan. von der provisorischen Geschäftsleitung auf Veranlassung der SMA nahegelegt, das im sowjetischen Sektor Berlins befindliche CDU-Parteihaus nicht mehr zu betreten.

Die Militärregierung fordert Abtransport von Grubenholz

Stuttgart, 16. Jan. (Dena) Der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Mr. Charles M. Lafollette, hat in einem Schreiben vom 14. Jan. den württemberg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier angewiesen, energische Maßnahmen zur Sicherstellung des Versandes von Grubenholz nach der Ruhr und dem Aachener Industriegebiet zu ergreifen. Der Mangel an Grubenholz bedrohe die Kohlenproduktion dort ernstlich.

Um den Anteil Württemberg-Badens an den Grubenholzlieferungen zu gewährleisten, sollen von anderen Projekten Arbeitskräfte und Ausrüstungsmaterialien abgezogen werden. Württemberg-Baden müsse nicht nur die rückständigen Lieferungen aufholen, sondern auch seine monatlichen Quoten abführen.

Zu diesem Schreiben stellt ein Sprecher des württembergisch-badischen Staatsministerium fest, daß Württemberg-Baden bisher die besten Ablieferungsergebnisse erzielt habe und daß nur durch die Feiertage zwischen Weihnachten und Neujahr ein Rückstand im Abtransport eingetreten sei. Außerdem hielten viele Holzhändler angesichts der zu erwartenden Währungsreform beträchtliche Mengen von Holz zurück.

Interessantes in Kürze

Hick. An einem ununterbrochenen, fast 2 Monate andauernden Schluckauf leidet lt. dpd der 18jährige Louis Abbot, der in Sidney im Krankenhause liegt. Sämtliche angewandten Mittel, darunter ein chirurgischer Eingriff, blieben erfolglos.

Teurer Sport. Ein Glasauge, zwei künstliche Gebisse, Brillen und Trauringe kamen laut DPD bei der Trockenlegung des Schwimmbads von Plymouth zum Vorschein.

Die tote Tante. Einen Sarg mit seiner verstorbenen Tante versuchte lt. dpd ein Italiener aus Mailand in die Schweiz zu überführen. Schweizer Zollbeamte öffneten den Sarg. Er enthielt außer der toten Tante Schmck im Werte von 18 000 Pfund Sterling.

Ausrede! Mr. Thomas aus Newport, der sich wegen Bigamie vor Gericht zu verantworten hatte, gab lt. dpd zu seiner Entschuldigung an, er hätte bei der zweiten Eheschließung völlig vergessen, daß er bereits verheiratet war.

Künstlerpech hatte lt. dpd ein Taschendieb, der auf dem Viehmarkt von Reading einem Bauern in die Hosentasche langte. Besitzer der Hose war ein Detektiv und der Dieb landete im Gefängnis.

Blutspender. Ein Flohzüchter hat lt. PD beim Bizonalen Amt für Ernährung und Landwirtschaft die Lebensmittelzuteilung für Blutspender beantragt. Er hat seinen Antrag damit begründet, daß er seine Flöhe mit eigenem Blut ernähre und daß er infolgedessen als Blutspender gelten könne.

Verschwendung. Mit Magermilch wurde in Ermangelung von Wasser lt. dpd ein Brand, der in einer Molkerei in der französischen Stadt Haye entstanden war, gelöscht.

Falscher Alarm. In Grants, Neu Mexiko, schlug lt. dpd ein junges Mädchen eine Stechfliege tot, die auf einem Feuermelder saß, 7 Minuten später traf die Feuerwehr ein.

Ein Vorsichtiger. Ein Höxter Geschäftsmann, dessen Berufungsverfahren kürzlich vor der Berufungskammer in Höxt durchgeführt wurde, hatte lt. PD zu seiner Entlastung nicht weniger als 61 Zeugen mitgebracht.

Wahn und Wirklichkeit

Unter diesem Titel erschien bei der Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, als Versuch einer Darstellung der Außenpolitik des Dritten Reiches ein ausgezeichnetes Werk von Erich Kordt. Wir entnehmen dem Werk des Verfassers, der fast zwei Jahrzehnte im auswärtigen Dienst des deutschen Reiches stand und der deutschen Widerstandsbewegung angehörte, folgenden Abschnitt:

„Der Armeeführung muß der schwere Vorwurf gemacht werden, der unverantwortlichen Politik Hitlers nicht schon lange vor der sudetendeutschen Krise in den Arm gefallen zu sein. Es wird ihren Vertretern nicht gelingen, ihre Untätigkeit angesichts der vielfachen Untaten des Regimes und der offensichtlichen Gefahren, denen es das Vaterland aussetzte, zu entschuldigen. Keine Berufung auf seine mißverstandene Treue gegenüber dem auf Hitler abgelegten Fahneneid kann die Generalität von der Schuld, ihr Vaterland im Stiche gelassen und dadurch schließlich seine Vernichtung und zugleich unsägliches Elend für die ganze Welt heraufbeschworen zu haben, befreien.

Die Verantwortlichkeit der militärischen Führer wird auch nicht gemildert, sie wird im Gegenteil noch unterstrichen durch die Feststellung, daß es in den Jahren 1935 bis 1938 in der zivilen Sphäre eine organisierte Opposition gegen Hitler in Deutschland nicht gab und auch nicht geben konnte. Wer gegen die geschriebenen oder ungeschriebenen Gesetze der nationalsozialistischen Partei verstieß, mußte damit rechnen, daß seine wirtschaftliche Existenz vernichtet wurde, wenn er nicht gar in ein Konzentrationslager wanderte. Es ist bisher nicht veröffentlicht worden, wie groß die Zahl der Deutschen war, die ohne richterlichen Spruch in diesen Lagern gelitten haben. Außer den bekannten politischen Gegnern der Partei, die zu Dauerinsassen wurden, haben Zehntausende wegen unvorsichtiger Handlungen oder auch nur unüberlegter Äußerungen eine mehr oder minder lange Zeit in Konzentrationslagern verbracht. Dazu kamen in die Tausende gehende Todesurteile, die der Volksgerichtshof wegen fast aller gegen das Regime gerichteten Handlungen verhängte. Größere oppositionelle Gruppenbildungen in Deutschland waren äußerst schwierig. Auch vom Ausland her war die Organisation einer Widerstandsbewegung fast unmöglich gemacht. Die Flucht ins Ausland wurde den Gegnern des Nationalsozialismus, darunter auch den Juden, nicht nur durch die Gestapo erschwert. Fast noch schwieriger waren die zahlreichen Barrieren zu überwinden, welche die ausländischen Staaten gegen die Einwanderung fremder Flüchtlinge errichtet hatten.

Im Ausland hat man vielfach die falsche Vorstellung gehabt, daß die Opposition gegen Hitler in Deutschland sich in ähnlichen Formen hätte abspielen können wie etwa eine scharfe Presse- oder Parlamentsattacke gegen His Majesty's Government oder gegen ein französisches Koalitionskabinett. Näher kommt man dem Problem schon, wenn man die Aufstandsversuche gegen Cromwell oder Revolten gegen Napoleon zum Vergleiche heranzieht. Der deutsche Gegner Hitlers mußte also auch mit rücksichtslosen Repressalien gegen seine Angehörigen und Freunde rechnen.

Es ist unter diesen Umständen kaum verwunderlich, daß es nach zwei oder drei Jahren nationalsozialistischer Herrschaft große geschlossene Oppositionsgruppen in Deutschland nicht mehr gab. Die innerdeutsche Widerstandsbewegung war zu unterirdischer Arbeit gezwungen und konnte sich nur in kleinen und kleinsten Gruppen entschlossener Männer und Frauen entwickeln die miteinander nur unter ständiger Gefahr für Leib und Leben, für ihre Familien und nicht zuletzt für die Sache, der sie dienten, in Verbindung treten konnten. Erstaunlich ist eigentlich nur, daß trotz aller Hindernisse die Widerstandsbewegung gegen Hitler und seine Herrschaft niemals abriß. Aktive Widerstandsgruppen hat es in den verschiedensten Lebenskreisen gegeben, in den Kirchen beider großen christlichen Bekenntnisse, in der Beamtenschaft, in der Wehrmacht, in der Arbeiterschaft und unter Professoren und Studenten.

Die große Masse der Oppositionellen aber resignierte, nachdem Hitler sein System einmal vollendet hatte und das Ausland keinen Anteil mehr an der deutschen Innenpolitik nahm, ja, Hitler durch die zahlreichen Zugeständnisse auf dem Gebiet der internat. Politik wesentliche Hilfe leistete.

Zu dieser Resignation trug weiter bei, daß eine rigorose Zensur in Deutschland die Verbreitung von für das Regime ungünstigen Nachrichten fast vollständig unterband. Eine unaufhörliche, eindringliche Propaganda tat ihr möglichstes, den Gegner herabzusetzen und die angeblichen Erfolge des Regimes herauszustellen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß diese Propaganda geschickt war und auch die innerlich Ablehnenden manchmal zu täuschen verstand. Ein dauerhafter Erfolg pflegt bei allen Völkern als Rechtfertigung angesehen zu werden, auch wenn man die Handlungsweise moralisch im einzelnen verurteilt.

Die Täuschung war umso vollständiger, als Hitler eine Anzahl Postulate propagandistisch herausstellte, die Allgemeingut aller deutschen Parteien gewesen waren, vor allem die Revision des Versailler Vertrages durch Hitler fast ohne Widerspruch hinzunehmen, auch dann, wenn eine friedliche Revision vorher den demokratischen Regierungen Deutschlands hartnäckig, häufig mit den schlechtesten und schwächsten Argumenten, verweigert worden war.

Hitler verfehlte nicht, die Durchsetzung solcher allgemeinen nationalen Forderungen stets als persönlichen Erfolg hinzustellen, wie bei der Abstimmung im Saargebiet. Der Versuch einer Anzahl von Gegnern Hitlers, die Abstimmung über die Zugehörigkeit der Saar zu Deutschland — einer Frage, die für die überwiegende Mehrzahl aller Deutschen und aller Saarländer jenseits aller Tagespolitik stand — zu einer Demonstration gegen ihn zu gestalten, mußte fehlschlagen.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Ziellosigkeit und Inkonsequenz der Politik der Westmächte Hitler zu immer neuen und immer gewagteren Abenteuern ermutigte. Hier sei auch noch kurz an einigen Beispielen gezeigt, wie diese Politik der Halbheiten, des steten Wechsels zwischen Zugeständnissen und papierenen Drohungen auf die deutsche Öffentlichkeit wirkte und wirken mußte. Auf die Verurteilung der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland durch die Konferenz von Stresa und den Völkerbund folgte innerhalb von zwei Monaten die faktische Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung auf dem Rüstungsgebiet durch den Abschluß des deutsch-britischen Flottenvertrages. Hitler schien durch sein Vorgehen nicht nur die Gleichberechtigung, sondern auch die Freundschaft Großbritanniens erreicht zu haben, was zu damaliger Zeit in Deutschland besonders populär war. Nicht weniger billigte die deutsche Öffentlichkeit die in der österreichischen und — wie viele irrtümlich hofften — in der Südtiroler Frage bezogene Stellung gegen Italien. Die Rheinlandbesetzung galt als riskant, umso höher wurde der Erfolg bewertet, als keine fremde Intervention erfolgte. Dies schien also die Methode zu sein, welche die Westmächte gelten ließen. Die einseitige Aufhebung der Entmilitarisierung angesichts der damals als uneinnehmbar geltenden Maginotlinie erschien an und für sich dem deutschen Publikum gerechtfertigt. Man argumentierte etwa, die Westmächte würden ohne Druck nie darüber verhandelt haben und jetzt ließen sie die Zerreißung eines freiwillig unterzeichneten Vertrages, des Locarnopaktes, zu und beantworteten diesen Gewaltakt mit einem Fragebogen, den Hitler unbeantwortet ließ. Also habe Hitler offenbar den richtigen Weg zur Lösung eines mit normalen Mitteln der Diplomatie unlösbaren Problems gewählt. Es ist kaum zu verwundern, daß das über die wirklichen Reaktionen der Hitlerschen Wochenendüberraschungen ununterrichtete deutsche Volk auf solche von einer geschickten Propaganda verbreiteten Gedankengänge hineinfiel. Ließen sich doch auch die westlichen Mächte, die über Hitlers innen- und außenpolitische Methoden ein sehr viel klareres Bild haben mußten als der deutsche Durchschnittsbürger, jahrelang von Hitler täuschen und trugen damit zu der schließlichen Katastrophe entscheidend bei."

Die spitze Feder

Anonym! „Walter Braun" nennen sie sich, oder „einer von vielen"; aus Feigheit. Sie geben Adressen an, die unauffindbar sind, oder schreiben in verstellter Schrift; aus Feigheit. Sie wenden sich entrüstet, fordernd, beschwerdeführend, denunzierend, drohend — „Ihre Tage sind gezählt!" — an Presse und Behörden, bleiben aber stets anonym; aus Feigheit. Wenn nicht der verfluchte Deckmantel der Namenlosigkeit und ihre Zahl wie Sand am Meer wäre, gäb's ein gutes Mittel. Man stecke sie in die Museen zu den Ichthyo-, Dinosauriern und anderem „Urväterhausrat", man führe die Schuljugend jeden Sonntag an ihnen vorbei und lehre sie die verachten, die nicht den Mut zur Zivilcourage haben; aus Feigheit H. B.

Man möchte auf den Hund kommen . . .

Über die kuriosen Anormalitäten in der Kartoffelversorgung ist im letzten halben Jahr so viel geschrieben worden, daß es den mit nur einem einzigen Zentner (oder überhaupt nicht) belieferten Normalverbraucher allmählich langweilt, sich über weitere Monstrositäten auf diesem Gebiet berichten zu lassen. Trotzdem können wir es uns nicht versagen, noch einige groteske Details nachzutragen. So konnte im Kreise Wesermünde der Kartoffelüberschwemmung nur durch eine zusätzliche Zuteilung von je drei Zentnern pro Kopf und obendrein durch außerordentliche Zuweisungen an Industriebetriebe gesteuert werden; große Mengen wurden, nachdem sie eine Nacht lang auf der Straße gelegen hatten, sogar bezugscheinfrei ausgegeben, um sie überhaupt an den Mann zu bringen. Im Bereich des Kartoffelwirtschaftsverbandes Hannover aber erhielten Schäferhunde Deputate bis zu je 20 Zentnern und wurden damit auf ungefähr dieselbe Stufe gestellt wie gewisse (zweibeinige) Prominente in Bayern, die bekanntlich auch 20 Zentner (und mehr) einkellern durften. O, diese Hunde . . .! S.

Länderratsanträge genehmigt

Stuttgart, 16. Jan. (Dena) Die amerikanische Militärregierung für Deutschland genehmigte den Gesetzentwurf des Länderrats über die Hemmung von Verjährungsfristen und ähnlichen Terminen sowie den Antrag über die Schaffung eines „Kulturfonds" zum Ankauf amerikanischer Bücher. Ferner habe die britische Kontrollkommission auf eine Bitte des Rates hin die vom Zentralamt für Arbeit in der britischen Zone herausgegebene Sozialversicherungsanordnung Nummer 10, in der bereits das Datum des Kriegsendes festgelegt worden sei, wieder aufgehoben.

Zu den Vorschlägen des Direktoriums des Länderrates über eine Änderung in der Handhabung von Kontensperren habe die amerikanische Militärregierung mitgeteilt, sie sei bereit, die Landeszentralbanken zur Tilgung irrtümlich vorgenommener Buchungen auf Konten, die nach Gesetz Nummer 52 gesperrt sind, zu ermächtigen. Sie bearbeite ferner einen Änderungsvorschlag zu diesem Gesetz, wonach Österreicher, die dauernd in Deutschland wohnen, in die Bestimmungen der allgemeinen Genehmigung Nummer 6 (Kontensperrung) eingeschlossen werden sollen.

Die Genehmigung zur Auszahlung rückständiger Sozialversicherungsbeiträge aus gesperrten Vermögen von ehemaligen Dienststellen der NSDAP, der Wehrmacht und dem „Reich" erachte die Militärregierung als unangebracht. Die Militärregierung erwäge zur Zeit außerdem eine allgemeine Genehmigung, nach der alle Personen, die dem Gesetz Nummer 52 unterliegen, frei über ihr laufendes Einkommen einschließlich der Leistungen aus einer Krankenversicherung verfügen könnten.

Alle Ministerpräsidenten der Bizone, so meldet Dena aus Frankfurt, werden Mitglieder des vom Wirtschaftsrat und den Regierungschefs kombinierten Ausschusses zur Beratung der anglo-amerikanischen Vorschläge zur Neuorganisation der Zweizonenbehörden sein, wurde am 15. d. Mts. aus Kreisen des Exekutivrates bekannt. An dem kombinierten Ausschuß für die Errichtung eines westdeutschen Gerichtshofes werden seitens des Ministerpräsidenten der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard und der niedersächsische Ministerpräsident Hinrich Kopf teilnehmen. Dem Ausschuß für die Errichtung der Länderunionsbank werden als Vertreter der Regierungschefs der württ.-badische Finanzminister Dr. Heinrich Köhler und der Bremer Senatspräsident Wilhelm Kaisen als Mitglieder angehören.

Das freie Wort

Der Landrat des Landkreises Karlsruhe, Ernährungsamt Abt. B, schreibt uns: Auf Grund einer Verfügung des Zweizonenrates darf Trockenmilch nur in Großstädten ausgegeben werden, da die von der Mil.-Regierung aus den erheblich großen Beständen freigegebenen Mengen zu einer erweiterten Versorgung nicht ausreichen.

Zweierlei Normalverbraucher bestehen leider nicht nur bei der Zuteilung von Trockenmilch, sondern auch bei zahlreichen anderen Lebensmitteln ist der Landkreis der Stadt Karlsruhe gegenüber erheblich schlechter gestellt. So z. B. bei Konserven, Frischgemüse, Fischfreiware, Ersatz fehlender Kartoffeln durch Brot, Zuteilung von amerik. Weißmehl, Versorgung von Gaststätten, Werkküchen und bei der Schulspeisung.

Alle Versuche des Landrates, des Kreisrates, des Ernährungsamtes und der Gewerkschaft hier eine Änderung herbeizuführen, die den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt, waren bisher vergeblich. Die entscheidenden Stellen in Stuttgart und Frankfurt sind nicht zu überzeugen, daß der Landkreis kein „Land"-Kreis ist, sondern zu einem überwiegenden Teil eine Arbeitersiedlung um die Stadt Karlsruhe ist, deren „Normalverbraucher" im Landkreis zweifellos schlechter gestellt sind, als die Normalverbraucher in der Stadt Karlsruhe.

Herr Max Schlageter, Karlsruhe, Boeckhstr. 40, schreibt uns: Mit der Bekanntgabe der Lebensmittelrationen für die 110. Zuteilungsperiode erfuhr der Normalverbraucher, daß er in der zweiten Woche nur 2000 g Brot bekommen soll anstatt 2500 g. Da vom Ernährungsministerium Nordwürttemberg-Baden für die 110. Zuteilungsperiode 10 000 g Brot für den Normalverbraucher festgesetzt wurden (Bekanntgabe durch Radio) ist hier die Frage berechtigt: Wer gibt dem Ernährungsamt K'he das Recht, zu er oben angeführten Kürzung von 500 g und warum werden die Brotrationen nur für zwei Wochen mitgeteilt, wo doch die 10 000 g Brot für vier Wochen der 110. E.-P. vom Ernährungsministerium schon bekannt gegeben wurden? Ist vielleicht für die letzten 14 Tage der 110. E.-P. eine weitere Kürzung durch das E.-A. K'he vorgesehen? Im Interesse aller Normalverbraucher wird hierzu eine klare Stellungnahme erwartet.

Stimme der Parteien

Die Stimme der Parteien erscheint außer Verantwortung der Redaktion.

Betrachtungen zur Stadtratswahl

1. F. K. Maier, der einstmals so berühmte Stuttgarter Journalist, meint in seinen Betrachtungen zu dem Ergebnis der Gemeindewahlen, daß die vielen Nichtwähler protestieren wollten gegen das bisherige Versagen der Parteien. F. K. M. irrt sich; er verwechselt Ursache und Wirkung. Die Parteien versagen, wenn die Menschen ihnen keinen Auftrieb geben. Auch die „Parteibonzen", wenn sie ehrlich und keine Fanatiker sind, müssen allerdings zugeben, daß bisher die Parteien keineswegs vollkommen die ihnen zukommenden Funktionen erfüllt haben. Ihre Leiter sind großenteils zu alt und zu sehr in der Vergangenheit befangen. Es fehlt ihnen an neuen konstruktiven Ideen. Daran sind aber nicht so sehr die Parteien als zum größten Teil diejenigen Schuld, die sich dem notwendigen Dienst und der Mitarbeit in den Parteien bewußt oder aus Lethargie versagen. Vor 100 Jahren haben selbst die ruhigen Karlsruher im Jahre 1848 ein freies Deutschland auf den Barrikaden gesucht; im Jahre 1948 scheinen ihre Nachfahren unter Verzicht auf jeden möglichen Kampf um politische Freiheit und Selbstbestimmung bemüht zu sein, sich eine neue Nationalhymne zu schaffen folgenden Inhalts: „Gott erhalt' uns unsre Ami's."

Armes Volk, das aus Hunger, Elend und Not nun auch seine freie Seele, das leidenschaftliche Drängen unserer Vorfahren nach selbstverantwortlicher Mitarbeit an den öffentlichen Dingen zu verlieren droht.

2. Das neue Wahlrecht hat, trotzdem es von Württemberg kommt, offenbar doch gefallen. Unverkennbar scheint der Wunsch der Wähler nach einer Art Persönlichkeitswahl, und die Parteien werden kein Recht haben, diesen Wunsch zu überhören, etwa nur deshalb, weil „ihre" Partei damit vielleicht schlechter als bisher wegkommt. Der Wille des Volkes muß oberstes Gesetz sein und bleiben. Und eine weitere wichtige Erkenntnis hat die Wahl gebracht: Wer sich um solche öffentliche Ämter mit Erfolg bemühen will, muß sich dieser Öffentlichkeit durch entsprechende Tätigkeit zeigen und bekannt machen. Das ist die große Lehre dieser Wahlen gerade für unsere Jugend. Es kann ihr nichts helfen, daß sie immer nur zahm ihre Stimme erhebt und von Zeit zu Zeit darüber klagt, daß Parteien sie nicht genügend berücksichtigen oder zur Mitarbeit heranziehen; sie muß endlich aus ihrer geistigen Haltung ihrer Erziehungsjahre herauskommen und nicht nur fordern, sondern selbst handeln. In Stuttgart ist auf der Liste der DVP ein junger, 28jähriger Arbeiter der Boschwerke am meisten kumuliert und damit gewählt worden, der aus seiner russischen Kriegsgefangenschaft eine praktische Anschauungslehre über den Kommunismus und seinen Schrittmacher, den Sozialismus marxistischer Prägung, mit nach Hause gebracht hat. Das ist der Beweis, daß es an der Jugend selbst liegt, sich in den Parteien und gerade durch sie die nötige Geltung und den gebührenden Respekt zu verschaffen.

Und unsere Frauen, wo sind sie geblieben? Müssen denn wirklich wir Männer es sagen, daß in einen Stadtrat auch Frauen gehören, die mit ihrem Herzensinstinkt für soziale Fragen und ihrer bitter-praktischen Kenntnis über die Nöte des Alltags sicherlich manch kluges Wort im Kreise der Männer zu sagen gehabt hätten. Die Gemeindepolitik ist die Vorstufe zur großen Politik. Gerade die Frauen sollten ein Interesse daran haben, daß bei den großen Entscheidungen auch ihr natürlicher mütterlicher Ruf nach Erhaltung des Friedens, nach Ablehnung jeder überhitzt-nationalistischer Gewaltgedanken gehört und beachtet wird. Die Frauen sollten doch nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus sie im politischen Leben zurückgesetzt hat mit dem Erfolg, daß nun ihre Söhne tot oder noch in Kriegsgefangenschaft sind. Läßt das die Frauen denn wirklich so gleichgültig?

3. Ein führendes Mitglied der SPD hat die Wahlerfolge der DVP so charakterisiert: „Zunahme des rechten Flügels der DVP". Sie irren, mein Herr! Die Männer der DVP sind keine Engel und haben infolgedessen auch keine Flügel, keinen rechten und keinen linken. Wenn damit allerdings gesagt sein soll, daß die DVP Männer herausgestellt und überall in den Gemeinden, besonders auf dem Land, zum Zuge gebracht hat, die etwas gelernt und in ihrem Beruf sich bewährt haben, dann möge man das ruhig als „rechter Flügel" bezeichnen. Dieser Flügel ist allerdings recht! Wir wollen aber nicht unhöflich sein und das Kompliment der SPD zurückgeben, über deren Stadtratsliste ein alter Karlsruher treffend bemerkt hat: „E gut altbadisch-nationalliberale Lischt."

Möge diese beiderseitige Wertschätzung ein gutes Vorzeichen für fruchtbare Zusammenarbeit im Stadtrat sein.

Dr. Keßler, DVP, Karlsruhe.

Kriegsgefangene in Polen

Deidle Wilh., 25. 3. 22, Deike Heino 16. 8. 06, Deike Theodor 5. 2. 26, Deike Werner 2. 4. 24, Deile Adolf 12. 5. 01, Ehrentraut Helmut 28. 6. 00, Ehrentraut Heinrich 12. 6. 03, Ehrentraut Paul 12. 12. 10, Ehrentraut Rudolf 18. 11. 03, Fellner Georg 10. 10. 13, Fellner Georg 28. 4. 28, Fellner Hubert 13. 3. 04, Fellner Richard 21. 3. 06, Geiger Hermann 12. 3. 12, Geiger Josef 11. 3. 08, Geiger Christian 11. 10. 25, Geiger Sebastian 15. 5. 08, Halwas Paul 23. 8. 10, Harlacher Jan 24. 11. 25, Hamacher Josef 27. 7. 26, Hamacher Karl 17. 2. 06, Jaschke Robert 8. 1. 03.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Verpflichtung der neuen Stadträte

Erste konstituierende Sitzung des neugewählten Stadtrats

Am Freitag, 16. 1. 1948, trat der neugewählte Stadtrat im Oberpostdirektionsgebäude am Ettlingertorplatz zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen, zu der sich auch ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Oberbürgermeister Töpper dankte in seiner Begrüßungsansprache nochmals den ausgeschiedenen Stadträten für ihre wertvolle Mitarbeit in der Stadtverwaltung und betonte, daß der alte Stadtrat in seltener Einmütigkeit seine Beschlüsse gefaßt habe. Der Oberbürgermeister vermittelte einen Einblick in die Arbeit der verschiedenen Ausschüsse des Stadtrats, die in 156 Sitzungen insgesamt 7 295 Gegenstände, Anträge und Genehmigungen berieten und entsprechende Beschlüsse faßten. Unter den behandelten Anträgen sind 131 Bauanträge des Bauaufsichtsausschusses und 1 215 Bauanträge des Wiederaufbauausschusses zu verzeichnen. Dazu kommen 4 081 Brennstoffzuteilungsscheine für 73 885 Tonnen Brennmaterial, die der Brennstoffausschuß genehmigte. Das Stadtamt Durlach erledigte in 55 Sitzungen über 200 Gegenstände und Anträge. Mit Recht bemerkte der Oberbürgermeister, daß sich hinter diesen nüchternen Zahlen eine Unmenge von Mühe und Arbeit von Juni 1946 bis Ende Dezember 1947 verberge.

Anschließend verpflichtete das Stadtoberhaupt die neugewählten Stadträte durch Handschlag und Namensunterschrift auf Ehre und Gewissen zur Treue gegen die Verfassung, zum Gehorsam gegen die Gesetze und zur gewissenhaften Erfüllung der Amtspflichten, zur Wahrung der Rechte der Gemeinden und zur kraftvollen Förderung des Gemeindewohls und der Gemeindebürger.

Bei der Besprechung der Oberbürgermeisterwahl stellte Oberbürgermeister Töpper fest, daß nur die SPD einen Vorschlag (F. Töpper) eingereicht habe, während die übrigen Parteien auf Vorschläge verzichteten. Als Vorsitzender der Wahlkommission fungiert Bürgermeister Dr. Ball. Vom Stadtratskollegium wurden als Mitglieder der Kommission einstimmig die Stadträte Walter (SPD), Dr. Kühn (CDU), Prof. Keßler (DVP) und Dietz (KPD) gewählt.

Die Rückerstattung der von den Parteien geleisteten Vorschüsse zur Herstellung der amtlichen Stimmzettel für die Stadtratswahl am 7. 12. 1947 und die Übernahme der Kosten durch die Stadtverwaltung wurde einstimmig genehmigt.

Die zusätzliche Vorlage betr. öffentliche Fastnachtsveranstaltungen 1948 wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Darnach sind öffentliche Fastnachtsveranstaltungen verboten. Bei der Genehmigung von geschlossenen Veranstaltungen soll größte Zurückhaltung geübt werden. Die Polizeistunde am Fastnachtdienstag wird allgemein auf 2 Uhr nachts und für geschlossene Veranstaltungen auf 5 Uhr früh festgesetzt. In diesen Zeiten der Not, so betonte Oberbürgermeister Töpper, hätten wir kein Recht zu einem ausgelassenen Karnevalstrubel. Wenn unsere Kinder sich an Fastnacht maskiert auf der Straße tummeln, so habe man dagegen nichts einzuwenden.

Abschließend teilte der Oberbürgermeister mit, daß der heutige Umfang des Stadtratskollegiums es notwendig mache, dieses in vier Abteilungen aufzugliedern: Verwaltung, Finanzen, Fürsorge, Wirtschaft. Nur die großen Angelegenheiten würden im ganzen Plenum verhandelt werden. Als erste wichtige Aufgabe habe sich der neue Stadtrat mit dem Voranschlag für 1947 zu befassen, dem bald der Etat für 1948 folgen werde. Nach der Oberbürgermeisterwahl am 1. Februar werde der Stadtrat zur Wahl des ersten und zweiten Bürgermeisters zusammentreten. L. A.

Für das humanistische Gymnasium!

Eltern der Karlsruher Gymnasiasten und Freunde der humanistischen Bildung protestieren gegen geplante Schulreform

Am Donnerstagabend (15. 1.) kamen die Eltern unserer Karlsruher Gymnasiasten und die Freunde der humanistischen Bildung in der Turnhalle der Lessingschule zusammen, um zur geplanten Schulreform, die das Ende des humanistischen Gymnasiums in seiner bisherigen Form bedeutet, Stellung zu nehmen. Landeswohlfahrtspfarrer W. Ziegler als Einberufer der Versammlung betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß im demokratischen Staat das Mitbestimmungsrecht der Eltern bei der Schulreform respektiert werden müsse. Dem Beispiel der Schüler des Karlsruher Gymnasiums folgend, die vor kurzem ihre Vertreter nach Stuttgart entsandten, um dort für die Erhaltung des Gymnasiums zu sprechen, müßten nun auch die Eltern der Gymnasiasten und Freunde des Gymnasiums ihre Stimme erheben für die Rettung der ältesten und bewährtesten Form der höheren deutschen Schulbildung.

Oberstudiendirektor Dr. Oskar Blank erläuterte den Bericht der amerikanischen Erziehungskommission, der die hohen Werte der deutschen Kultur anerkenne und großes Verständnis für die schwierige Lage Deutschlands bekunde, auch keine geistige Demontage des deutschen Volkes bezwecke, aber doch revolutionäre Vorschläge zur Umgestaltung des deutschen Schulwesens enthalte. Eingehend befaßte sich Prof. Dr. Blank mit dem nach dem Erziehungsprogramm der amerikanischen Militärregierung ausgearbeiteten Plan der Schulreform, der bereits im kulturpolitischen Ausschuß des Landtags debattiert und angenommen wurde. Noch habe der Landtag selbst nicht gesprochen. Die von einer großen Liebe zum humanistischen Bildungsideal getragenen Ausführungen Dr. Blanks wurden von dem über 300 Personen zählenden Auditorium mit starkem Beifall aufgenommen.

Pfarrer Ziegler formulierte das einmütige Wollen der Versammlung in einer einstimmig angenommenen Entschließung an die amerikanische Militärregierung und an die württ.-badische Regierung und den Landtag in Stuttgart. Darin wird u. a. gesagt, daß der Zeitpunkt für die Durchführung einer umfassenden Schulreform für unser kleines Land denkbar ungünstig sei. Unser Volk sei durch die Sorgen um die primitivsten Grundlagen seiner Existenz so in Anspruch genommen, daß es weder Zeit noch innere Bereitschaft für Schulreformpläne habe. Außerdem fehle es an den notwendigen Mitteln, Räumen und Lehrpersonen für die unerläßliche praktische Erprobung vor Einführung einer Schulreform. Mit einer rein äußerlichen Reform sei garnichts gewonnen; denn nicht die Form unseres Schulwesens habe versagt, sondern der Geist in unseren Schulen sei erneuerungsbedürftig. Nach den vorliegenden Schulreformplänen würde das Gymnasium praktisch abgeschafft und der Möglichkeit beraubt, weiterhin die Grundlagen einer umfassenden Geistesbildung, eines selbständigen Denkens und Urteilens zu vermitteln. Durch eine Einschränkung des Gymnasiums würde die geistige Höhenlage unserer Universitäten notwendigerweise herabgedrückt. Die Versammlung sehe in den Schulreformplänen eine Gefährdung des deutschen Bildungsniveaus und verwahre sich entschieden gegen jede bereits unter dem Naziregime begonnene Einschränkung des humanistischen Gymnasiums. Die einheitliche deutsche Schule, die sich in Volksschule und höherer Schule organisch und harmonisch entfalten soll, bleibe ein erstrebenswertes Ziel, werde aber weniger durch äußere und formale Reformen als vielmehr durch Erneuerung eines wahrhaft christlichen und sozialen Geistes, der Lehrer und Schüler in gleicher Weise erfüllt und zur Hilfsbereitschaft für das ganze Volk erzieht, geschaffen. Die Vertreter des humanistischen Gymnasiums wüßten, daß der Besitz der klassischen Bildung ihre wahren Jünger nicht überhebe, sonden verpflichte.

In einer Unterschriftensammlung bekundeten die meisten Versammlungsteilnehmer ihr Interesse an einer Wiederbelebung des Vereins der Freunde des humanistischen Gymnasiums. L. A.

Neuordnung der Städt. Gesundheitsfürsorge

Erhöhte Säuglingssterblichkeit fordert neue Maßnahmen

Im Herbst des vergangenen Jahres ließ sich der Stadtrat von Dr. Kappes, dem früheren Leiter der Kreisgesundheitsfürsorge, über die Sterblichkeit der Säuglinge in Karlsruhe und deren Ursache berichten. Der Vortrag ergab, daß die Säuglingssterblichkeit in Karlsruhe von 1932 bis 1946 stetig und schließlich auf das Doppelte angestiegen ist. Die meisten Säuglinge starben an Ernährungsstörungen. Nicht in allen Städten Badens und Württembergs ist die Sterblichkeit der Neugeborenen so angewachsen wie in Karlsruhe, sondern nur dort, wo in Ausführung des nationalsozialistischen Gesetzes zur „Vereinheitlichung der Gesundheitsfürsorge" die Gesundheitsfürsorgerinnen zu fruchtloser statistischer Arbeit verwendet wurden.

Das für Karlsruhe so ungünstige Ergebnis der Untersuchung veranlaßte den Stadtrat auf Anregung von Dr. Kappes, sofort einen Arbeitsausschuß für Gesundheitsfürsorge zu konstituieren. Diesem gehören neben dem zuständigen Bürgermeister, die Ärzte der staatlichen und städtischen Gesundheitsfürsorge, die in Betracht kommenden Amtsvorstände, die Vertreter der freien Wohlfahrtspflege und der Parteien an. Den gründlichen Vorarbeiten des Ausschusses und dem Verständnis der Stadtverwaltung ist es zu danken, daß schon zu Beginn des neuen Jahres die bis 1933 bestandene und von der Naziverwaltung durch die NSV ersetzte Säuglingsfürsorge wieder — und zwar entsprechend den heutigen Anforderungen — eingeführt werden konnte.

Durch Vermehrung der städtischen, fachlich ausgebildeten Gesundheitsfürsorgerinnen wird nun in Karlsruhe, wie auch in andern Städten, eine umfassende Säuglingsfürsorge einsetzen, die der tatkräftigen Mitarbeit aller in Frage kommenden Personen bedarf, um das gewünschte Ergebnis zu erreichen. Durch Beschluß des vom Stadtrat mit der Ausführung betrauten Gesundheitsausschusses sind die Gesundheitsfürsorgerinnen gehalten, jedes neugeborene Kind im ersten Lebensmonat zweimal und in der Folge monatlich einmal zu besuchen. Dabei werden die Mutter auf die für das Kind notwendigen Säuglingspflege- und Fürsorgemaßnahmen aufmerksam gemacht und nötigenfalls soziale und wirtschaftliche Erfordernisse besprochen.

Zu den Fürsorgeeinrichtungen gehören die in jedem Stadtteil vorhandenen Mütterberatungsstellen, die durch Kinderärzte geleitet werden. Hier wird die Entwicklung des Säuglings durch Feststellung des Gewichts und Untersuchung des Facharztes überwacht und sachgemäßer Rat erteilt. In den Mütterberatungsstellen werden auch kostenlos die Stillscheine ausgestellt, die zum Empfang des Stillgeldes und der Ernährungszulage berechtigen. Für die rachitisch gefährdeten Säuglinge wird hier das bekannte Vigantol verabreicht.

Nachhaltige körperliche und geistige Schädigungen des Säuglings und Kleinkindes machen sich oft erst nach Jahren und Jahrzehnten fühlbar. In der schweren Zeit des Krieges und der Gegenwart mit der starken Belastung der Hausfrauen konnten die Mütter sich nicht die Kenntnisse aneignen, die heute zur Pflege des gesunden Säuglings notwendig sind. Die städtische, vorbeugende Gesundheitsfürsorge, die getragen ist von allen Schichten der Bevölkerung, allen Parteien und caritativen Vereinigungen stellen den Müttern nun ihre Ärzte in den Beratungsstellen und die Gesundheitsfürsorgerinnen, also fachlich geschulte Kräfte, zur Verfügung, die alles erdenkliche tun werden, um Todesfälle zu verhüten. Elgro.

Karlsruher Gschwätzgebabbel / Von Eustachius Dindemüller

Bekanntlich hats emol e' Zeit gewwe, in unserm Vaterland — 's isch noch net so lang her — wo Propaganda d' Haaptsach gwest isch. Manchmol ischse ei'm direkt owwe g'stanne; awwer gar kei' Propaganda isch a nix. Un' des hab ich neulich widder denkt, wo ich irgendwo was glese hab von „Karlsruher Notgemeinschaft". Ganz owwe an-ere Blagatsäul isch's g'stanne so hoch daß noch net emol mei' Brill nuffglangt hat. Des isch halt doch was anners gwest, wo m'r dausend Johr lang an alle' Eck' un' Ende' selle drei Buchstawe lese kennt hat: W. H. W. Mir denkts awwer a noch vom zweite Reich her, wo sogar d'Bolizei mit Sammelwäge un' mit-eme Drombeeder durch d'Straße gsaust isch un' allene Leut in d'Ohre blose hat: Winternothilf! — Liewe Zeit, was hat m'r sellmol net alles g'opfert! Grad wie hunnert Johr vorher hats als gheiße: „Gold gab ich für Eisen". Wann m'r e' goldliche Uhrkett g'opfert hat, hat m'r zum Andenke e' Stahlkett kriegt. Mir hat zwar die Sach wenicher imponiert, indem daß d'Leut bloß mit protzt henn als obst-se Wunner was g'opfert hätte, un' annere, die wo schier 's letscht Hemd abgliffert henn, die henn nix defor kriegt; eigentlich hättese doch en Stahlpanzer defor kriege mieße.

Also korzum, ich mein halt, e' richdichs Opfer isch's norr dann, wann m'r was hergebt, wann m'r selwer nixmeh hat. Noch nie hats awwer e' ginschdichere Glegeheit for so e' Opfer gewwe, als wie jetz'. Un' deszweg wolle m'r unser Notgemeinschaft net v'rgesse. Awwer uff alle Fäll kennts nix schade, wann jetz, wo unser Gedächtnis so arg unnerernährt isch, d' Notgemeinschaft e' bißle mehnder Radau mache däd: 's braucht jo net grad a widder mit-ere Drombeed sein, 's gibt jo a Posaune. Un' grad im Januar, wo in allene Gschäfter „Inventur" gmacht werd, kennt jeder deheim a sowas mache. Letscht, wo m'r iwwer Neujohr Kohleferie ghat henn hab ich deszweg deheimrum emol richdich „gruschtelt". M'r sinn bal' ferdich gwest, mei' Fraa un ich, awwer m'r henn doch noch was rauszoddle kennt for d'Notgemeinschaft. Mei' Fraa hat m'r zwar e' paarmol uff d'Finger glopft, wo ich was v'rdwischt hab, wast-se selwer „noch gut anziehge" kann for „deheimrum". Un' wo ich mei' Hose (Modell 1942) in de' Notgemeinschaftssack stopfe gwollt hab do hatse gmeint, des gäb noch en scheener Butzlumpe. „Sonsch noch was", hab ich gsagt, „du hasch kei' Ruh, bis daß beim Butze widder en Spreisel in d' Finger kriegsch!" M'r henn nord sogar noch mei' letschts Bezugscheinhemd g'opfert, wo ich vor-eme halwe Johr kaaft hab. Wo's nämlich mei' Fraa 's erschtmol gwäsche ghat hat, bin ich scho nimmeh von allein neikomme. Entweder bin ich greeßer worre oder 's Hemd kleiner. Uff des hin hats seither unser Willi trage, awwer seit d'r letschte Wäsch kommt der Bu' a nimmeh nei'. Beim Neischlupfe hätts beinah zwei Hemder gewwe. Eh'b daß m'rs awwer nord d'r Notgemeinschaft gewwe henn, hemmer zur Vorsorg an Zeddel dranghängt: „Vor Gebrauch nicht waschen!", damit daß-es wenigschtens noch e-me Säugling baßt. E' Pärle Stiffel hab ich a noch g'opfert; sie sinn noch tadellos gwest. Vorne un' hine hennse sogar noch e' Loch ghat, damit daß 'es Hochwasser net drinn steh bleiwe kann. Un' a mei' Bürokiddel hab ich z'letscht noch g'opfert. Schier verzich Dienschtjohr hat-er iwwerstanne un' isch durch acht Besoldungsgruppe grutscht. Nach d'r letschte Beförderung hab ich de' Elleboge erscht widder frisch sohle glaßt. Ich hoff, daß d'Notgemeinschaft des Opfer bsonders schätze dut. Noch extra en Nachruf hab ich dranghängt:

Drei Reiche hast mit mir erlebt,
Vor manchem Chef mit mir gebebt!
So leb denn wohl mein Bürorock!
Ich leg dich auf den Opferstock.
Getränkt mit viel Beamtenschweiß
Gehst du dahin — wohin, wer weiß??

Des Schusters Steuern / Ein Gespräch im alten Hellas

Der Steuerwächter: Warum hebt ihr nicht den Grußfinger, wenn ihr eintretet? Dies ist ein Schreibsaal und kein Ziegenpferch, in dem ihr wohl gewöhnlich hauset. Du bist der Schuster vom Peiraieus-Tor. Ich kenne dich. Was soll der Fremde? Ist er dein Helfer in Steuersachen?

Der Schuster: Er ist ein Weiser. Lehrer und Staatsphilosoph. Verzeihe, daß er mich begleitet. Der Steuerberater fordert zuviel. Da habe ich den Weisen mitgebracht. Er fordert nichts.

Der Steuerwächter: O, Schuster, was kann ein Rat wert sein, der nichts kostet! Aber ich bin nicht über deinen Geiz, sondern über deine Steuern gesetzt. Du schuldest dem Staat vierhundert Drachmen Verdienststeuer. So rede denn!

Der Weise: Würde dieser Schuster die vierhundert Drachmen Steuer auch schulden, wenn er keine Schuhe gemacht hätte?

Der Steuerwächter: Gar keine Schuhe? Nein, dann fiele er nicht unter das Gesetz der Steuerzahler. Aber wovon hätte er dann seine Mazza und sein Öl bezahlen sollen!

Der Schuster: Ich habe viele hundert Paar Schuhe gemacht, Sandalen, Skythenstiefel, persische und lydische Schuhe. Aber ich habe keine vierhundert Drachmen übrig behalten, um meine Verdienststeuer zu bezahlen.

Der Weise: Höre, Steuerwächter, du sagst, wovon hätte der Schuster seine Mazza und sein Öl bezahlen sollen, wenn er keine Schuhe gemacht hätte: in Athen leben die Parasiten und die Hetären weit besser als die Schuster, aber ich habe nie gehört, daß ein Parasit oder ein Ephebe je eine Drachme Steuer bezahlt hätte.

Der Schuster: Dabei essen sie gehackte Drosselbrüste und Krammetsvögel in Weinlaub gebacken und tanzen die Tage und die Nächte durch, während ich das Leder weich klopfe und kaum Schafsmilch zu trinken und einen alten Fisch zu essen habe!

Der Steuerwächter: Jammere mir nicht in die Ohren, Schuster! Es steht in keinem Gesetz geschrieben, daß die Tanzmädchen und die Parasiten dem Staate zu steuern haben. Aber von den Schuhmachern steht es deutlich geschrieben. Wärest du fleißiger gewesen und hättest mehr Schuhe geschustert, stündest du jetzt nicht wie ein Bettler vor mir.

Der Weise: Mehr Schuhe? Noch mehr Schuhe? Zwei Paar Schuhe hätte dieser Schuster machen sollen! Eines für sich und eines für den Schleichhändler. Für dieses eine Paar hätte er zweitausend Drachmen bekommen, während der amtliche Staatspreis auf dem öffentlichen Markt zehn Drachmen beträgt. Aber nun macht er immerzu Schuhe für zehn Drachmen das Paar, und neben ihm läuft die Steuer Stafette. Sie überrundet ihn einmal, sie überrundet ihn zweimal, und je schneller er Schuhe macht, umso schneller schreibst du ihm die Tafeln mit Steuern voll. Für ein Paar Schuhe muß er gar keine Steuer bezahlen und bekommt noch obendrein zweitausend Drachmen auf dem heimlichen Markt, bei hundert Paar Schuhen muß er ein Drittel steuern, bei zweihundert Paar die Hälfte, bei dreihundert Paar zwei Drittel, bei vierhundert Paar acht Zehntel und bei fünfhundert Paar gar neuneinhalb Zehntel. Bei fünfhundert Paar Schuhen hat er also weniger Gewinn als bei zehn Paaren und könnte dann noch das ganze Jahr im Lykeion den Rednern lauschen, statt Schuhe zu hämmern. Wir zählen jetzt das Jahr 552 v. Chr. Wenn ihr die Gesetze nicht ändert, wird in zweieinhalbtausend Jahren kein Mensch mehr Schuhe machen.

Der Steuerwächter: Beim Hermes, Fremdling, ich könnte dich festnehmen lassen, weil du das Volk aufwiegelst. Aber dein Wort ist wie eine kleine Dunstwolke über dem Oros. Noch vor dem Mittag wird sie verweht sein. Was soll mir dein Geschwätz angesichts dieser Ordnung hier in allen Fächern und Stapeln. Sie ist es, die die Welt im Gange hält, und nicht euer berauschtes Laiengefasel. Nicht nur die Parasiten und Hetären sind steuerfrei in Athen, auch die Weisen. Ermesse daran, wieviel du giltst in dieser Stadt. Und du, Schuster, bringe vor Sonnenuntergang die vierhundert Drachmen vorbei, sonst müßte ich deinen Namen am Pranger anschlagen lassen.

Der Schuster (im Hinausgehen, leise): Und du meinst, Weiser, ich könnte beim Schleichhändler wirklich zweitausend Drachmen für ein Paar lydische Schuhe bekommen? Du bist barfuß. Sage mir die Adresse, und ich will dir noch heute für ein Paar gute Sandalen Maß nehmen. Sgl.

KURZE STADTNOTIZEN

Die grünen Reisemarken der Bizone mit dem Aufdruck 105 bis 109 behalten nach einer Anweisung der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft auch in der kommenden 111. Zuteilungsperiode ihre Gültigkeit.

Krankenzusatzkarten. Die alten badischen sowie die neuen bizonalen Krankenzusatzkarten mit dem Aufdruck „107 (108)" verlieren mit dem Ablauf der 110. Zuteilungsperiode (1. 2. 1948) ihre Gültigkeit. Eine Belieferung nach diesem Zeitpunkt erfolgt nicht mehr. In diesem Zusammenhang wird nochmals darauf hingewiesen, anstelle nichtvorhandener Butter andere Fettarten abzunehmen, um ein Ungültigwerden der Marken zu vermeiden.

Verlängerung der Fleischberechtigungsscheine und Mahlkarten. Wegen der ab 1. März ds. Js. geplanten Umstellung der Vierwochen-Rationen auf Monats-Rationen werden in der 111. Zuteilungsperiode keine neuen Fleischberechtigungsscheine und Mahlkarten ausgegeben, sondern die Gültigkeitsdauer der alten verlängert. Näheres siehe im amtl. Teil der heutigen Ausgabe.

Leergut wird befördert. Die Post nimmt wieder Leergut an. Der Absender hat die Sendung in der Anschrift und auf der Paketkarte als Leergut zu bezeichnen.

Singfreudige Damen gesucht. Im Rahmen der Gedenkfeiern zur Wiederkehr der Märztage 1848 soll im Frühjahr die 9. Symphonie von Beethoven aufgeführt werden. Zur Verstärkung der Frauenchöre werden singfreudige und singbegabte Damen gebeten, sich am 19. 1., 19.30 Uhr, im Saal zum „Salmen" zu melden.

Dichterstunde verlegt. Die vom Volksbund für Dichtung für Freitag angekündigte Dichterstunde mit Intendant Bruno Schönfeld, Koblenz, muß auf Samstag, 17. 1., 19.30 Uhr, verlegt werden. Die Veranstaltung findet nicht im Munzsaal, sondern im Scheffelmuseum, Bismarckstraße 24, statt.

Eine Gedenkfeier für Ricarda Huch. Die Karlsruher Frauengruppe veranstaltet zu Ehren der deutschen Dichterin und Historikerin am Freitag, 23. Jan., 19.30 Uhr im Scheffelhaus, Ecke Bismarck- und Reinhold-Frankstraße eine Gedenkfeier. Über Leben und Werk der Dichterin spricht El. Großwendt, Schriftleiterin; die Schauspielerin Rita Graun bringt Rezitationen.

Lichtbildervortrag. Beim Alpenverein, Skiclub, Schwarzwaldverein wird R. Kauschka einen Lichtbildervortrag über Skifahrten in den Tauern und im Totengebirge am Sonntag, 18. 1., 19.30 Uhr, im Bonifatiushaus halten.

Vorschläge zur Stabilisierung. In einem Vortrag am Mittwoch im Elefantensaal entwickelte Frau Sofie Krampf ihre Vorschläge über die Staffelung der Geldentwertung unter Berücksichtigung des Familienstandes und der kleinen Sparer bis zu den Kapitalisten.

Das „Blumen-Café" in Durlach wiedereröffnet. Die den Karlsruhern und Durlachern altvertrauten Räumlichkeiten sind der Öffentlichkeit wieder zugängig. Das Unterhaltungs- und Tanzquartett des Südwestfunks sorgt für Kurzweil und Tanzvergnügen.

Versammlungskalender der Parteien

SPD: 17. 1., 20 Uhr, „Alte Residenz" Mitgliederversammlung. Ref. Emil Busch. — Daxlanden: 17. 1., 20 Uhr, „Sonne" Mitgliederversammlung. Ref. Hellmut Stutz. — Knielingen: 17. 1., 20 Uhr, „Kaiser Friedrich" Mitgliederversammlung. — Jungsozialisten: Schulungsabend 19. 1., 20 Uhr „Weißer Berg". Ref. Hugo Rimmelspacher. — Frauen-Mitgliederversammlung: 20. 1., 19 Uhr, „Weißer Berg". Ref. Gern. — Funktionärversammlung: (Weststadt) 20. 1., 20 Uhr, „Felseneck". — Jungsozialisten-Oststadt: 21. 1., 20 Uhr, „Bernhardushof" Generalversammlung. — Jungsozialisten-Südwest: 22. 1., 20 Uhr, „Hohentwiel" Generalversammlung. — Südstadt: 22. 1., 20 Uhr, „Klosterbräu" Mitgliederversammlung. Ref. Dr. Schiele.

CDU. 20. 1., 19.30 Uhr, Kolpinghaus, Sozialpolitischer-Ausschuß: Genossenschaftsvertreter Klein aus Hamburg.

KPD: Polleitersitzung der Stadtortsgruppen, 19. 1., 18.00 Uhr, Parteibüro. — Ortsgruppe West, 22. 1., 20.00 Uhr, „Grafs Weinstube", Jahresversammlung. — Ortsgruppe Innen-West, 22. 1., 20.00 Uhr, „Salmen", Mitgliederversammlung. — Ortsgruppe Süd, 23. 1., 20.00 Uhr, „Auerhahn", Mitgliederversammlung. — Ortsgruppe Daxlanden, 24. 1., 19.30 Uhr, „Sonne", L.-L.-Feier.

Karlsruher CDU steht zu J. Kaiser

„Jakob Kaiser ist Symbol einer eigenständigen, deutschen und demokratischen Politik geworden. Seine Konsequenz, seine Zielklarheit und sein vorbildlicher Mut zeigen ihn erneut als Menschen und Politiker von hohen Graden. Die Anerkennung und Achtung der Welt zeigt uns, welche Bedeutung sie Kaisers Kampf und Haltung beimißt." So erklärte anläßlich einer Zusammenkunft des erweiterten Kreisvorstandes der CDU der Landesvorsitzende der Union Nordbadens, Bürgermeister Heurich. Der Redner zeichnete in packenden Worten das Bild der gegenwärtigen Situation der CDU in der Ostzone. Als Zeuge und Mitverantwortlicher der entscheidenden Berliner Besprechungen der CDU schilderte er die Hintergründe der sogenannten „Krise" auf und behandelte auch die folgenschweren Entscheidungen, vor die die Union der Ostzone bei weiterer Behinderung ihrer Arbeit sich in Kürze gestellt sehen könnte. Die CDU hat ihren Versuch dem deutschen Volk eine Mittlerstellung zwischen Ost und West zuzuweisen, nicht aufgegeben, sie wird aber nie sich bereit finden, als Kaufpreis für die deutsche Einheit die Freiheit des deutschen Menschen zu opfern. Im weiteren Verlauf der Zusammenkunft machte Bürgermeister Heurich Ausführungen über die Umbildung des Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main. Dk.

Die SPD entgegnet der KPD

Die SPD zur Stellungnahme der KPD zur Oberbürgermeisterwahl

Die Veröffentlichung der KPD in der Donnerstagausgabe der BNN zur Frage der OB.-Wahl hat klare Verhältnisse geschaffen. Wir stehen trotz der wenig freundlichen und — sagen wir es offen — wenig anständigen Weise mit der man von seiten der KPD an die Behandlung der Dinge heranging nicht an, ihr dafür unseren Dank auszusprechen. Es tut uns sehr leid, daß unser Parteifreund Töpper keine Gnade vor den gestrengen Augen der KP in Karlsruhe gefunden hat; aber wir werben ja mit der Person unseres Kandidaten bei der OB.-Wahl am 1. 2. 1948 nicht in erster Linie um das Vertrauen der Angehörigen einer bestimmten Partei, sondern vielmehr um das Vertrauen der gesamten Bevölkerung der Stadt Karlsruhe.

Die Behauptung „Herr OB. Töpper stößt auch in den Reihen der Sozialdemokr. Partei teilweise auf Ablehnung", ist so absurd und entbehrt jeglichen Beweises, daß wir es uns versagen können, näher darauf einzugehen. (Wenn die Herren Artikelschreiber noch darüber im Zweifel sein sollten, könnte ihnen an Hand entsprechender Unterlagen das Gegenteil ihrer Auffassung nachgewiesen werden.)

Daß die DVP, wie der Artikel weiter feststellt, „Herrn Töpper unter ausdrücklicher Billigung seiner vergangenen Rathauspolitik ihr Vertrauen ausgesprochen hat", war uns bisher nicht bekannt und wir wissen nicht, ob diese Feststellung den Tatsachen entspricht. Wenn sie aber zutreffen sollte, ist damit noch lange nichts gegen die Person des jetzigen OB. gesagt; im Gegenteil; wenn dem so wäre, dann müßten wir auch die Anerkennung, die unserem Oberbürgermeister von kommunistischer Seite schon gezollt worden ist, ebenfalls zurückweisen, denn das hat es nämlich auch schon gegeben, nur kommt es seltener vor, und wenn es vorkommt, dann nimmt es für den oder die Betreffenden meistens keinen guten Ausgang. Es gilt offenbar bei der KP als Todsünde, dem politisch Andersdenkenden Achtung und gegebenenfalls Anerkennung auszusprechen.

Weshalb die CDU auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichtet hat, steht uns zu untersuchen nicht zu, und auf den Vorwurf, eine „reaktionäre Partei" zu sein, wird sie, falls sie es für erforderlich erachtet, gelegentlich selbst antworten. Uns wäre es auf jeden Fall lieber gewesen, der für den Artikel Verantwortliche hätte klipp und klar zum Ausdruck gebracht, wann und wo „die Politik des sozialdemokratischen Kandidaten und bürgerlichen Politikers Töpper" gegen die Interessen der Arbeiterschaft oder die der Allgemeinheit verstoßen hat; wir wären dann in der Lage gewesen, eine ebenso klare Antwort darauf zu geben. Statt dessen ergeht man sich in allgemeinen Redensarten, mit denen absolut nicht anzufangen ist.

Was schließlich die KPD selbst veranlaßt hat von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand zu nehmen, interessiert uns im Grunde genommen ebenfalls sehr wenig und die entsprechende Begründung ruft unwillkürlich Erinnerungen an die bekannten Fabeln vom Fuchs und den Trauben und von seiner Predigt an die Enten wach. (In dieser Predigt wollte der Fuchs den Enten nur seine guten und lauteren Absichten kundtun und seine Worte waren alles andere, nur nicht als „feindseliger Akt" gedacht.)

Das einzig konkrete in dem Artikel, worüber wir uns mit der KP auseinandersetzen können, bezieht sich auf die durch die Wahl vom 7. Dez. 1947 gegebenen Mehrheitsverhältnisse im Karlsruher Stadtparlament. Der Artikel spricht von einer „Arbeitermehrheit". Diese Mehrheit ist theoretisch (21 SPD- und 4 KPD-Stadträte von insgesamt 48) tatsächlich vorhanden. Ob jedoch praktisch etwas anzufangen sein wird, ist eine andere Frage. Der Artikel spricht weiter von der Verantwortung, welche „die Arbeitermehrheit im neuen Stadtparlament" der KPD auferlege. Gut! Auch wir wissen was Verantwortung bedeutet, und fühlen uns mit unserer Politik auf dem Karlsruher Rathaus, vor allem unseren Wählern, und darüber hinaus der gesamten Bevölkerung unserer Stadt verantwortlich. Als Stadträte und als Teil der Stadtverwaltung sind wir berufen, die Interessen aller Einwohner — nicht nur eines Teils — wahrzunehmen. Wir scheuen uns dieser Verantwortung nicht.

Alle seit dem 26. 5. 1946 stattgefundenen Wahlen beweisen uns, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden. Wenn die KPD genau so vorbehaltlos von Verantwortung redet, und was noch wichtiger ist, auch verantwortlich handeln kann, dann soll es uns freuen. Was wir jedoch bisher und vor allem in der Ostzone auf diesem Gebiet erlebt haben, sieht ein klein wenig anders aus. Gewiß, auch die KPD ist verantwortlich, aber in aller erster Linie ihren Parteipäpsten, die in mystischer Anonymität irgendwo im russisch besetzten Gebiet oder gar in Belgrad sitzen.

Wir Sozialdemokraten haben noch keine Stunde unsere Herkunft vergessen und heute genau so wie zu jeder Zeit unseres Bestehens setzt sich der Kern unserer Bewegung aus Kreisen der Handarbeiter zusammen. Darauf sind wir stolz. Wenn wir nun in den letzten Jahrzehnten auch weite Kreise des Bürgertums für unsere Ideen gewinnen konnten, so liegt dies in der Hauptsache in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung begründet, die ja bekanntlich kein Geringerer als Karl Marx vor 100 Jahren schon vorausgesagt hat. Die Sozialdemokratie ist von der Partei der Nur-Handarbeiter zur Partei aller Schaffenden schlechthin geworden. Diesem Wandel haben wir mit unserer Politik — auch auf den Rathäusern — Rechnung zu tragen. Wenn wir einmal die Absicht haben sollten, die Linie dieser Entwicklung abzubrechen, oder mit anderen Worten, wenn wir einmal politisch Selbstmord begehen wollen, dann könnten wir vielleicht auf die „gutgemeinten" Vorschläge der KPD zurückkommen. Vorläufig gebietet uns das, was sich im Osten unseres Vaterlandes abspielt, einige Vorsicht walten zu lassen. Wir sind bereit, auf dem Karlsruher Rathaus mit allen Parteien — auch mit der kommunistischen — zusammenzuarbeiten, sofern man auf der Gegenseite ehrlich dazu bereit ist. Die bisherige Arbeit im Karlsruher Stadtrat seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 war von diesem ehrlichen Willen gekennzeichnet. Hoffen wir, daß dies auch für die Zukunft der Fall sein möge. Die Sozialdemokratie reicht allen die Hand zur gemeinsamen Zusammenarbeit — allen, die guten Willens sind.

SPD Karlsruhe, Hermann Walter.

Die Ukrainer in der Emigration

Ukrainisches und deutsches Journalistentreffen in der Forstnerkaserne

Um Mißverständnisse zu beheben und die Beziehungen zwischen Deutschen und Ukrainern zu fördern, trafen sich deutsche und ukrainische Journalisten in Karlsruhe in der Forstnerkaserne. Aus Bayern, Württemberg und aus den französisch und amerikanisch besetzten Teilen Badens hatten sich die Gäste eingefunden, um sich über ukrainische Probleme auszusprechen.

Zunächst gab der einzig Überlebende des Nationalrats der 1917 gegründeten nationalen ukrainischen Volksrepublik einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Ukraine, die ihre kurze Selbständigkeit im Kampfe mit Sowjetrußland im Jahre 1921 wieder verlor. Die Ukraine büßte große Gebiete ein, und im Ringen um die Freiheit wurden 10 Millionen Ukrainer im Kampf und durch Hunger vernichtet oder starben in der Verbannung im hohen Norden. Viele emigrierten und leben nun über die ganze Welt verstreut. Von insgesamt 43 Millionen Ukrainern leben heute noch 37 Millionen in der Heimat. In Deutschland befinden sich 160 000 in der Bizone, in Österreich 30 000, Frankreich 40 000, England 12 000, Belgien 7 000, USA 750 000, Kanada 400 000, Argentinien 50 000, Brasilien 55 000, während 3 Millionen in Asien leben.

Die ukrainische Exilregierung will eine Auswanderung der in den westlichen Ländern befindlichen Ukrainern nach Kanada ermöglichen, wo es rein ukrainische Siedlungen mit ukrainischen Städtenamen gibt.

Die mehrfach gestellte Frage, warum die Ukrainer nicht in die Heimat zurückkehren wollen, wurde damit beantwortet, daß von den nach dem ersten Weltkrieg Zurückgekehrten kein einziger in der Heimat bleiben durfte. Die Rückkehr solle dann erfolgen, wenn der Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit beendet sei.

Für die Erhaltung des Volkstums, der Sprache und der Kultur der Ukraine sorgen eine Universität, technische Hochschulen und Volksschulen. In München besteht seit 1945 eine Universität mit 389 Studenten; außerdem gibt es Hochschulen in München, Augsburg und Regensburg. In der Bizone werden 94 Grundschulen von 3 106 Schülern besucht. Ergänzend sorgen 28 Lagergymnasien für die Weiterbildung von 3 600 Schülern. P. S.

„Baden und das Jahr 1848"

Zu dem Festakt, der am Sonntag, 25. Jan., im Städtischen Konzerthaus vom Landespräsidenten und dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe als Gedächtnisfeier der Revolution von 1848 veranstaltet wird, erfahren wir, daß Professor Dr. Schnabel-München in seiner Rede das Thema „Baden und die Revolution 1848" behandeln wird. Oberbürgermeister Töpper wird in seiner Ansprache der gefallenen Freiheitskämpfer der Jahre 1848/49 gedenken, während Landespräsident Dr. Köhler in seinem Schlußwort den Gedanken der Verpflichtung, die die Revolution gerade unserer Generation auferlegt, herausstellen wird. Die Feier wird von der Badischen Staatskapelle unter Leitung von Generalmusikdirektor Matzerath mit Darbietungen von Beethoven und Bruckner umrahmt werden.

Das Sportprogramm am Sonntag

Oberliga (Sa.): Bayern München — Eintracht Frankfurt; (So.): 05 Schweinfurt gegen VfB Stuttgart, Aschaffenburg — 1. FC Nürnberg, SpVg Fürth — VfL Neckarau, Schwaben Augsburg — Stuttgarter Kickers, 1860 München — Kickers Offenbach, Sportfr. Stuttgart — SV Waldhof, VfB Mühlburg gegen FSV Frankfurt, VfR Mannheim gegen Rotweiß Frankfurt.

Landesliga: Brötzingen — Weingarten, KFV — Neureut, VfR Pforzheim — Dillweißenstein, Durlach-Aue — Ettlingen, 08 Mühlacker — Knielingen, ASV Durlach gegen Daxlanden (Sa. 15 Uhr).

Bezirksklasse (Karlsruhe): Hochstetten gegen Söllingen, Grötzingen — FrT Forchheim, Kleinsteinbach — Südstern K'he, SpFr. Forchheim — Frankonia K'he, Hagsfeld — Mörsch, Eggenstein — Berghausen, Bretten — Blankenloch. — **Kreisklasse A**, Staffel 1: Spessart — Rüppurr. Staffel 2: Spöck — K'he 21 (14 Uhr), Rußheim — Neuburgweier, Bulach — K'he West. — **Kreisklasse B**, Staffel 1: Ol.-Hertha — Wöschbach, Liedolsheim — Linkenheim, Fr. SSV K'he — Graben, K'he Ost — Leopoldshafen, Germ. Neureut — Südstadt. S.-r.

Handball-Verbandsliga: Linkenheim gegen Bulach, Forst — Grünwinkel, Daxlanden — Bretten, Rintheim — Beiertheim. — **Bezirksklasse**, Staffel 3: Neureut — Ettlingen, Mühlacker — Pforzheim (1.15 Uhr), Ettlingenweier — KTV 46, Rüppurr — Brötzingen, Fr.SSV K'he — Knielingen. Staffel 4: Kirrlach — Kronau. — **Kreisklasse**, Staffel 1, 2 und 3: Graben — Eggenstein, Mörsch — Malsch Ia, Jöhlingen — Weingarten, Malsch I — Langensteinbach, Rußheim gegen MTV K'he, Grötzingen — ASV Durlach, Bruchhausen — Mühlburg, Stafforт gegen KFV. S.-r.

Ringen: Spv. Weingarten — KSV Wiesental. A-Klasse: KSV Durlach — Wiesental II. (10 Uhr, Durlach — Blumencafé), KSV Daxlanden — Spv. Brötzingen II, Germania Bruchsal II. — ASV Grötzingen. Jugend: Bruchsal — Grötzingen, Daxlanden gegen Brötzingen, Mühlburg — Östringen.

Nach dem Beschluß der Kreisspruchkammer war der Federgewichtskampf zwischen Bodenmüller-Kirrlach und Seeburger-Bruchsal zu wiederholen. Bodenmüller trat zu diesem Kampf nicht an, so daß Seeburger Sieger wurde. Der Mannschaftskampf gilt für Bruchsal als gewonnen.

Boxen: KSV Durlach — Spv. Ettlingen (10 Uhr, Durlach — Blumencafé).

Über die geplante Aufhebung des Rennverbots in Nordwürttemberg-Baden gab Ministerialrat Wilhelm vom Verkehrsministerium Stuttgart anläßlich der Ehrung der NSU-Arbeitsjubilare folgende Erklärung ab: „Es ist dem Verkehrsministerium wohl bewußt, daß der Motorrennsport für die Arbeit der Werke einen besonderen Auftrieb bedeutet. Das im Vorjahr ausgesprochene generelle Verbot erging nicht etwa wegen des Reifen- und Brennstoffverbrauchs der Rennfahrzeuge, sondern wegen der Benützung der Zubringerfahrzeuge für die Rennbesucher. Trotzdem wird das Ministerium im Jahre 1948 Rennen wieder in maßvoller Weise genehmigen!"

Bobby Riggs besiegte Jack Kramer im 11. Spiel ihrer Schaukampfreise in Boston mit 7:5, 6:3. Riggs gewann bisher fünf Kämpfe, während Kramer sechsmal erfolgreich war.

Richard Button, USA, gewann die Europa-Meisterschaft im Eiskunstlauf der Männer vor dem Vorjahressieger Hans Gerschwiler, Schweiz, und dem Studenten-Weltmeister Edi Rada, Österreich.

Bizonaler Fußballrat vor der Verwirklichung

Die sich für den Fußballsport, wie für den Sport allgemein in Deutschland bisher ergebende Perspektive hinsichtlich der Aufnahme internationaler Sportbeziehungen war und ist — selbst nach maßgeblichen Stimmen im Ausland — mehr vom Bestehen einer gesamtdeutschen Sport- bzw. Fußballorganisation abhängig, denn von anderen, mehr und mehr schwindenden Hindernissen allgemeiner Natur. Wenn in jüngster Zeit die mit Vorbehalt aufgenommene Meldung eines möglichen ersten deutschen Fußball-Länderspieles im Jahr 1948 durch die Presse ging, so kann man — zumal wenn unser Sportdiplomat Dr. Peco Bauwens mit dieser Meldung in Zusammenhang gebracht wird — durchaus mit einer Verwirklichung dieser Nachricht rechnen. Wenn auf der letzten Fußballtagung in Fellbach, nicht allein aus diesen Erwägungen heraus, der Vorschlag gemacht wurde, in bisheriger Ermangelung einer großen Organisation im Benehmen mit der Militärregierung eine Art übergeordnete Fußballbehörde zu schaffen — und nur so können neben Fragen sportlich internationaler Bedeutung wichtige deutsche Probleme, wie Profifrage usw. gelöst und geordnet werden — dann entspricht dies bestimmt den Wünschen und dem Willen unserer gesamten Fußballer. Die Schaffung der Bizone auf dem wirtschaftlichen Sektor wies auch den Weg für den Fußball und so plante man die Errichtung eines bizonalen Fußball-Rates, der so viel Exekutive erhält, wie ihm die bestehenden Organisationen, also Oberliga und Landesverbände, zubilligen. Die Genehmigung zur Schaffung eines solchen Gremiums ist für die US-Zone bereits erteilt. Erfahrungsgemäß kann man sagen, daß die Genehmigung seitens der englischen Zone nicht lange auf sich warten läßt. In 3 bis 4 Wochen soll daher bereits die erste Sitzung des bizonalen Fußball-Rates erfolgen. Federführend für die Vorbereitung derselben ist Kurt Schaffner-Stuttgart, unser Karlsruher Landsmann, dem die Entwicklung unseres Sportes nach dem Krieg viel zu verdanken hat. In den bizonalen Fußball-Rat entsenden die amerikanische und britische Zone je 5 Vertreter. Diesem Rat gehören wegen der besonders gelagerten Verhältnisse Vertreter der französischen Zone und Berlins vorerst nur als Gäste an. Von großer Bedeutung wird es nun sein, wer die Vertreter in diesem Rat sind und dabei hoffen wir stark, daß nicht, wie wir es so häufig abstoßend auf parteipolitischem Gebiet wahrnehmen, aus egoistischen Motiven heraus und vom kleinsten Blickfeld ausgehend um die Posten gefeilscht wird, sondern im Interesse und der Bedeutung des Projektes angemessen nur solche Vertreter benannt, bzw. entsandt werden, die alles mitbringen, um den Aufgaben und hoch gestellten Anforderungen in jeder Hinsicht gewachsen zu sein, Männer mit umfassenden Kenntnissen des deutschen und internationalen Sportes und mit repräsentativem Auftreten. W. E.

Aufgabe Nr. 46

Von Willi Ehrmann, Karlsruhe-Rintheim
Ehrende Erwähnung, 21. Badischer Schachkongreß 1947 (Motto: Pfadfinder)

Matt in 3 Zügen.

Kontrollstellung: W. Ka1, Dc7, Td2, f6, La6, a7, Sb3, f1, Bc3, e2 (10).
Sch. Ke4, Db5, Td3, g3, Lf2, h5, Sc4; Ba2, d5 e5 f4 h4 (12).

Lösung der Aufg. Nr. 45 (May) L. Sc — b6!

Wie wird das Wetter?

Kälter. Vorhersage, gültig bis Montagabend: Heute heiter bis wolkig. In der Nacht zum Sonntag allmählich Bewölkungszunahme. Am Sonntag überwiegend bedeckt mit zeitweiligen Niederschlägen, die in der Ebene teils als Schnee, teils als Regen und in mittleren und höheren Lagen als Schnee niedergehen. Zu Beginn der kommenden Woche wechselnd wolkig, zeitweise Niederschläge meist als Schnee. Langsamer Temperaturrückgang. Tageshöchsttemperaturen um 4 Grad, nachts leichter Frost von 0 bis minus 4 Grad. Meist schwache Winde, an-

Rheinwasserstände

15. Januar: Konstanz 347 (+4); Breisach 248 (+0); Kehl 315 (+3); Maxau 567 (+46); Mannheim 564 (+101); Caub 486 (+92).
16. Januar: Breisach 326 (+78); Kehl 368 (+53); Maxau 578 (+11); Mannheim 679 (+115) Caub 598 (+112).

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Heinz Liepman:

Die unheilbare Krankheit

Nach vorheriger telefonischer Absprache erschien in der Villa des prominenten Psychiaters der Universität von Chicago ein soignierter Herr und wurde sogleich empfangen.

„Weshalb ich Sie so dringend gebeten habe, mich nicht in Ihrer Sprechstunde, sondern in Ihrer Wohnung zu empfangen, sehr verehrter Herr Professor", begann der Herr, der sich ihm als Ordinarius einer südamerikanischen Universität vorstellte, „dieser Wunsch entspricht einer verzweifelten Lage, die ich keinesfalls noch dadurch verschärfen darf, daß ich mich — und meine Gattin kompromittiere."

„Also um Ihre Gattin handelt es sich?", fragte der berühmte Arzt.

Der Ordinarius nickte. „Ich will Ihnen offen gestehen, Herr Professor, daß Sie meine letzte Hoffnung sind. Wenn auch Sie mir nicht helfen können, stehe ich vor den verzweifeltsten Komplikationen. Es handelt sich ganz einfach darum, daß meine Frau an Kleptomanie leidet; mein ganzes Leben ist durch diese unselige Krankheit bedroht. Ich weiß schon, was Sie fragen wollen: warum ich mich nicht von meiner Frau trenne? Nein, verehrter Herr Professor, das eben ist mir unmöglich." — Er sprach leise, mit schlecht verhehlter Leidenschaft: „Ich liebe meine junge und schöne Frau unendlich; und sie selbst ist so tief wie ich von ihrer Krankheit betroffen; in ihren guten Momenten leidet sie unglaublich darunter. Ich hatte meiner Frau diese Reise nach Chicago versprochen, weil sie sich lange Zeit hindurch beherrscht hatte und kein Anfall vorgekommen war. Gestern abend nun, bei dem Empfang im Hause des Staats-Senators — — —", Tränen erstickten seine Stimme, und es dauerte einen Augenblick, bis er weitersprechen konnte, „da — entwendete sie einem Gast ein wertvolles Zigarettenetui. Was blieb mir übrig, als den Betreffenden himmelhoch zu beschwören, keinen Skandal zu machen, und daß ich ihm das Etui zurücksenden würde? Heute früh habe ich heimlich meiner Frau das Etui fortgenommen und es zurückgesandt. Was soll ich nun tun?"

Der Professor sah seinen Besuch lange schweigend an. „Das ist eine sehr traurige Angelegenheit", sagte er schließlich, „aber ich verspreche Ihnen, daß ich alles daransetzen werde, Ihnen zu helfen. Vielleicht wäre es Ihnen möglich, mir Ihre Frau vorzustellen, privatim, hier in meiner Wohnung, damit ich versuchen kann, einen Eindruck zu gewinnen, ohne ihr Mißtrauen zu erwecken."

„Ich habe an Ihrer Hilfsbereitschaft nicht gezweifelt", sagte der Ordinarius mit bebender Stimme, „ich habe meine Frau mitgebracht. Sie wartet draußen im Wagen. Darf ich sie holen?"

Wenige Minuten später stellte er ein zartes, fast mädchenhaftes Geschöpf, — eine wirklich sehr schöne Frau, dem Arzte vor.

Der Psychiater und die Dame unterhielten sich längere Zeit, schließlich erhob man sich.

„Was meinen Sie?", fragte der Ordinarius leise und aufgeregt und sah zu seiner Frau hinüber, die eine Photographie auf dem Schreibtisch des Arztes betrachtete, — und im selben Augenblick packte er krampfhaft den Arm des Professors:

„Sehen Sie nur . . ., sehen Sie nur . . ."

Auf dem Schreibtisch lag eine wundervolle, mit großen Brillanten geschmückte Uhr. Beide sahen, wie die Frau die Uhr in ihrer Handtasche verschwinden ließ.

Der Arzt nickte. „Ein trauriger Fall", sagte er, „aber geben Sie die Hoffnung nicht auf. Ihre Frau scheint eine suggestive Natur zu haben. Ich hoffe, durch Suggestion und Psychotherapie eine Heilung herbeiführen zu können. Bitte kommen Sie mit Ihrer Frau morgen nachmittag um dieselbe Zeit wieder."

„Aber die Uhr, die Uhr in ihrer Handtasche . . ."

Der Psychiater schüttelte den Kopf. „Wir wollen sie jetzt nicht aufregen, indem wir ihr den Diebstahl auf den Kopf zusagen . . ."

Der Ordinarius konnte sich kaum beherrschen. Er war sichtlich mit seinen Nerven zu Ende.

„Herr Professor", brachte er mühsam hervor, „ich kann sie doch nicht mit Ihrer wertvollen Uhr fortgehen lassen. Auf keinen Fall. Ich werde . . ."

Der Professor hielt ihn zurück. „Um Gotteswillen, machen Sie Ihre Frau nicht unglücklich! Bringen Sie mir morgen nachmittag die Uhr wieder und seien Sie nicht so aufgeregt, sonst verderben Sie mir alles! Ich verspreche Ihnen nochmals, mein Möglichstes zu tun, und eine Heilung ist durchaus nicht ausgeschlossen . . ."

Und der berühmte Arzt verabschiedete sich in weltmännischer Form von dem Ordinarius und seiner schönen Frau.

*

Aber weder am nächsten, noch an sonst einem Tage sah der Arzt das Ehepaar wieder, wohl aber las er einige Zeit später in der Zeitung, daß mehrere seiner Kollegen ebenfalls — einem Schwindlerpaar zum Opfer gefallen waren.

„Es scheint", murmelte der berühmte Arzt zu sich selber, „als ob ich eine psychiatrische Behandlung mehr benötige als jene kleptomanische Dame und ihr Gatte . . ."

Nun ohne Klage

Von Karl Gerold

Seh ich dich wieder, gleich am ersten Tage,
seit ich durchschritt der Fremde dunkles Tor,
ist still das Herz und ohne Klage,
und aufgetan sind Hände, Aug und Ohr.

Du meine Heimat, sieh, die frühen Tage
erstehen neu, wie nie zuvor. —
Was ich gelitten, laß ich ohne Klage,
und im Vergessen liegt, was ich verlor.

(Entnommen dem im Verlag Gerd Hatje, Stuttgart und Calw, erschienenen Gedichtband „Aus dunklen Jahren")

Das kleine Magazin der Zeit

Werbung

In einer Hamburger Zeitung fand sich in diesen Tagen unter der Spitzmarke „Heiratswünsche" das Inserat eines „angehenden Sechzigers", der neben seiner harmonischen Lebensauffassung vor allem die Tatsache als Werbemittel ins Feld führte, daß seine Hausbrandversorgung für diesen Winter gesichert ist. — Wie ändern sich doch die Zeiten und ihre Lockungen.

Durst

Während man sich andernorts den Kopf über den Namen des neuen Weinjahrgangs zerbricht, entschloß sich der Stadtrat des Bodenseestädtchens Hagnau, zur Ehre des jungen Weins eben diesen an Stelle von Tinte bei der Protokollführung der jüngsten Sitzung zu benutzen. — In Hamburg hat jetzt jeder die Möglichkeit, sich ohne schlechtes Gewissen in einer Gaststätte einen Schnaps zu bestellen. Der Schnapsverkauf wurde erlaubt — vorausgesetzt, daß er nicht schwarz aus westlichen Brennereien, sondern lediglich schwarz aus den erlaubten Brennereien der Ostzone bezogen wird. — Wie gut, daß man das dem Schnaps nicht ansieht.

Hunger

Über die Auffindung der Leiche eines Ermordeten vermittelt die „Passauer Neue Presse" eine Zeitungsnotiz aus dem Jahre 1947: „Raubmord scheint als Motiv nicht in Frage zu kommen, da in der Rocktasche des Ermordeten ein Päckchen Zigaretten unberührt vorgefunden wurde."

Frost

Die Potsdamer Garnisonkirche wird nach Feststellungen des „Tagesspiegels" allnächtlich von den Bewohnern der umliegenden Häuser aufgesucht, die in den Kellern des ausgebrannten Gebäudes die schweren Eichensärge der Zeitgenossen Friedrichs des Großen stehlen, um sie als Brennholz zu verwenden. „Rücksichtslos werden die Toten aus den Särgen herausgeworfen und im Dämmerlicht der Gruft erkennt man Galauniformen, hohe Kürassierstiefel und weiße Stulpenhandschuhe. Der Fuß stößt an Totenköpfe und Gebeine." — In der Nähe Helmstedts erbrachen Zeitgenossen den Sarkophag des alten Feldmarschalls von Gneisenau, um dem Leichnam die Stiefel zu rauben.

Moral

„Der hungrige Mörder ist mir fast sympathischer als der satte Geschäftsmann", erklärte der Frankfurter Staatsanwalt Dr. Pommerening. „Der Staat verlangt von mir, Menschen anzuklagen, weil die Natur sie mit dem Hungertrieb ausgestattet hat. Gesetze, die hiergegen stehen, sind nur dann noch moralisch zu rechtfertigen, wenn erkennbar der Staat nach bestem Wissen überall Abhilfe zu schaffen sucht und es sich nicht dadurch leicht macht, daß er Kompensationen sanktioniert und zusieht, wie seine eigenen Beamten, teilweise bis in die höchsten Stellen hinein, käuflich sind oder zumindest mitmachen." Das ist die Stimme eines Staatsanwalts unserer Zeit.

*

Mit viel Liebe hatte eine Münchener Familie sich eine Weihnachtsgans gemästet. Da keiner es übers Herz brachte, den teuren Vogel zu schlachten, gab man ihm eine Dosis Veronal. Dann wurde die Gans gerupft und in die Speisekammer gestellt, aus der sie jedoch abends, wenn auch nackt, wieder herauskam. Jetzt haben die weichherzigen Gänsezüchter dem Tier einen schönen rot-weißen Pullover stricken lassen, in dem es, wie die „Süddeutsche Zeitung" berichtet, stolz im Garten spazieren geht. (Dena)

Von neuen Büchern:

Das Antlitz Europas

Zu Alfred Döblins Südamerika-Trilogie

Alfred Döblins Südamerika-Trilogie, bereits 1935 bis 1937 im Ausland erschienen, wird jetzt vom P. Keppler Verlag, Baden-Baden, auch dem deutschen Lesepublikum zugänglich gemacht. Der kürzlich erschienene erste Band beweist, daß dem Dichter alles zum Sinnbild der eigenen Lebensproblematik zu werden vermag. Scheint der Zusammenstoß der christlichen Konquistadoren mit der uralten südamerikanischen Festlandskultur zuerst nur ein glänzender historischer Romanstoff, von Döblin mit dem Feueratem der großen Reportage gestaltet und erfüllt von ethnologischem und religionshistorischem Wissen, so tritt plötzlich die Parallele zur Gegenwart hier und da so erschütternd hervor, wie sie nur das dichterisch geformte Bild offenbaren kann. Der alte Doppelsinn des europäischen Führungsanspruchs — jeden Führungsanspruchs — tritt nirgends so kraß zutage wie bei der hemmungslosen Verwüstung und Bekehrung des Goldlandes. Da ist Cuzumarra, der vertriebene Inka, der den braunen Menschen die Ankunft der vernichtenden weißen Dämonen ankündigt und sie zum Widerstand aufruft. Aber je weiter er in die Wälder vordringt, desto unwirklicher, unverständlicher wird seine Mission. Welche Überzeugungskraft besitzt ein Heimatloser? Da ist die große Gestalt Las Casas, des Bischofs von Chiappa, der seinem Freund, dem Inquisitor, angesichts der Ausraubung des Goldlandes schreibt: „Mich bestürmen unaussprechliche Gedanken". Das Gesicht Europas — über tausend Meilen weit gesehen, Probleme, die in unseren Tagen furchtbar zu reifen beginnen.

Nach diesem starken, intensiv geschriebenen ersten Band, aus dem die BNN in ihren Ausgaben Nr. 121 und 122 (1947) einen Abschnitt unter dem Titel „Cundinamarca" zum Abdruck brachten, kann man den noch ausstehenden Bänden erwartungsvoll entgegensehen.

•

Dieses zerrissene Antlitz Europas spricht auch aus einer kleinen Broschüre von ganz anderer Herkunft und Tendenz (F. M. Reifferscheidt: „Victor Gollancz' Ruf Rettet Europa!" Kurt Desch Verlag, München). Wie Döblins Kunst Gültiges zur Politik aussagt, so vertieft sich hier im Referat Reifferscheidts eine praktisch-politische Aussage zur philosophischen Analyse der Werte, die bisher unter dem Namen des christlichen Europa in der Welt Geltung besaßen. Hier bei Gollancz wird der akute Verlauf der Krankheit, die das Antlitz Europas entstellt, aufgezeigt. Mit der Empfindlichkeit eines Seismographen spürt er die Erschütterungen und noch latenten Spannungen, die diese Werte auch nach Hitlers Ende noch in Frage stellen. Freimütig, aber voll Liebe und Toleranz, weist er auf den „posthumen Sieg" Hitlers hin, wie er überall dort gefeiert wird, wo Menschen in ihrer Würde mißachtet, ihrer Heimat beraubt oder einem totalitären System unterworfen werden. Er schont auch die Alliierten nicht mit seiner Kritik. Er weist sie auf die schwere Verantwortung hin, die sie tragen, denn es geht um den Geist der europäischen Zivilisation, die verloren ist, „wenn der Liberalismus aus dem Herzen Europas verschwindet".

Dr. H. Rempel.

•

„Der Autor und der Leser sind im Bunde: sie versuchen, auf die Wahrheit zu kommen", beschließt Anna Seghers das Vorwort ihres Romans „Die Rettung" (Aufbauverlag, Berlin 1947). Vielen, die guten Willens vor dem „Rätsel" unserer zwölf Jahre 1933 bis 1945 stehen, wünschen wir dieses Buch in die Hände, das „bloß" ein Roman in unterschiedlich umfänglichen drei Teilen ist, denn in der Durchführung müht die Verfasserin sich, darzutun im Rankeschen Sinn, „wie es eigentlich gewesen ist": es: das Empor- und Durchdringen des Nationalsozialismus in den Jahren 1930—1933 im Rheinisch-Westfälischen Ruhrgebiet unter den Kumpels. Ein strenger Realismus (nicht eigentlich Naturalismus) der Berichts- und Sprachform kennzeichnet die Gestaltung der Romanträger wie alles Lebensräumliche. Gelegentliche Redewendungen lassen solche allerdings mehr dem Berlinertum entsprossen als im Raum der Ruhr eingeboren vorläufig vermuten.

Die Figur des Arbeiters Bentsch geht unbeirrt, und darum tröstlich durch das Buch, aber auch die Abtrünnigen, die Schwachen, die Überläufer, alte und junge, Frauen, Männer, Kinder, alle haben in der Fülle des Gesamtbildes ihre eigene Aufgabe, ihren erspürbaren Sonderklang. „Die Rettung", der Begriff ist in mehrfacher Bedeutung zu nehmen, ist kein Roman aufregender Spannungen, sondern des gelassenen Hinstellens breiter Zuständlichkeit. Man bedarf selbst der Gelassenheit, ihm wirklich gerecht zu werden. Er sagt Wesentliches über das Werden unserer Verhängnisse der dreißiger Jahre aus; und Europa und Außereuropa, so weit es nicht fachgeschichtlich Akten und andere Quellenveröffentlichungen beruflich durcharbeitet, sollte mit möglichster Unvoreingenommenheit durch diesen Roman ein erstes Verständnis dafür bekommen, wie es in diesen symbolisch zu wertenden Arbeiterkreisen des Ruhrgebietes zugegangen ist; in jenen Jahren, die eine auch damals notwendige Rettung erhofften.

Professor Dr. Emil Kast.

Ernste und heitere Musik

1. Konzert des Instrumentalvereins

Eine aus dem Karlsruher Kunstleben nicht wegzudenkende musikalische Vereinigung ist nach langer Pause wieder mit einem Konzert an die Öffentlichkeit getreten: der Instrumentalverein. Das Orchester setzt sich ausschließlich aus Laienmusikern zusammen, welche aus Freude an der Musik und am Zusammenspiel ihre Freizeit opfern, um sich selbst und anderen eine Freude zu bereiten. Daß das Orchester neben anderen Aufgaben auch eine soziale erfüllt, liegt darin begründet, daß neben dem Arzt der Arbeiter oder neben dem Lehrer der Angestellte musiziert. Daß in öffentlichen Konzerten mancher Instrumental- oder Gesangssolist sich die ersten Erfahrungen aneignen kann, und dabei einem interessierten Publikum zum ersten Male in größerem Rahmen vorgestellt werden kann, ist eine der wesentlichsten Aufgaben. Jedenfalls hoffen wir, daß dieses Konzert, das nach unendlichen Schwierigkeiten zustande kam (u. a. ist die gesamte Bibliothek verbrannt) wieder der Anfang einer recht vielseitigen und zahlreichen Konzertreihe sein möge.

In der Egmont-Ouvertüre und der 11. Symphonie von Haydn zeigte sich das Orchester schon auf einer recht beachtlichen Höhe; wenn jetzt schon ein Einwand gestattet sei, so sei auf die Holz- und Blechbläser hingewiesen, deren Interpretation ihres Parts die Homogenität des Orchesters noch etwas stört, welche sich der Dirigent, Rolf Lang, sonst mit Erfolg herzustellen bemühte. Als Solistin überraschte Inge Somann mit der Königinarie aus der Zauberflöte und dem Rezitativ und Arie aus dem Festspiel Il re pastore von Mozart durch die erstaunlich sichere Führung ihrer mit einem eigenartig reizvollen Timbre ausgestatteten Stimme. Sicher begleitet wurde die Sängerin am Flügel von Otto Soman. In dem Violinkonzert in D-dur von Mozart überzeugte Hans Ochsenkiel durch eine hohe Technik und vor allem durch sein farbenreich blühendes Spiel. Es bleibt dabei die Frage offen, warum man diesen vorzüglichen Solisten nicht schon öfters in Konzerten herausgestellt hat, denn für die Kenner war seine Leistung eine so vollauf befriedigende, daß dieser Wunsch für die Zukunft gerechtfertigt erscheint.

Ng.

*

Schelb-Uraufführung

Im Rahmen der städtischen Kammerorchester-Konzerte in Saarbrücken erzielte die Aufführung eines Konzerts für Flöte und Orchester von Professor Josef Schelb, Karlsruhe, einen beachtlichen Erfolg. Eine Saarbrücker Zeitung berichtet hierüber:

„Bei der Uraufführung handelt es sich um ein interessantes Konzert für Flöte und Streichorchester mit Pauke von Josef Schelb. Wie zahlreiche andere Werke der Modernen wendet es sich ab von der großen Form und der großen Besetzung. Es will sachlich durch sich selbst wirken, d. h. durch seine Substanz und nicht durch das glitzernde Gewand seines Orchesterkolorits. Zugleich liegt seine Stärke im Rhythmischen . . . Das Streichorchester Schelbs . . . tritt mehr als selbständige Einheit der Soloflöte gegenüber, die unter Ausnutzung aller klanglichen Möglichkeiten in einer Weise dem Ausdruck dient, die man der Flöte, diesem scheinbar ausdruckslosesten und objektivsten aller Instrumente kaum zugetraut hätte."

*

Werner Bochmann in der Kurbel

Nach der Parole „Jedem etwas!" brachte die Konzerdirektion R. Wegmann mit Werner Bochmann einmal einen der bekanntesten Komponisten deutscher Tanz- und Unterhaltungsmusik nach Karlsruhe. Und — um es kurz zu fassen, so nett und einschmeichelnd seine Schlager sich anhören, so hübsch und gefällig werden sie von dem Komponisten am Flügel selbst interpretiert. Wirksam wurde er dabei von der kapriziösen Soubrette Irmen Burmester, der recht achtbar singenden Sopranistin Ellen Nikolaus und dem Bariton Carlheinz Mohr unterstützt. In einer mimischen Studie hatte der Conferencier Gert Fröbe besonderen Erfolg.

—g—.

Filmnotiz

Romanze in Moll

Als sie vor Jahren erklang, nahm ihre einschmeichelnde Melodie uns gefangen, und wir bewunderten das reife und herbe Spiel der Frau (Marianne Hoppe), für die der Film geschrieben war. — Beim zweiten Mal hatten wir etwas Abstand gewonnen. Aber noch immer beeindruckt diese milieuechte Schilderung einer kleinbürgerlichen Gesellschaftsschicht, noch immer begeistert die saubere Charakterisierung jeder einzelnen Gestalt (vor allem durch Paul Dahlke und den leider verstorbenen Ferdinand Marian) und noch lange wird deshalb die gute Regie Helmut Käutners, des Schöpfers dieses Filmes, in der Kurbel, uns in Erinnerung bleiben.

M. M.

Kulturnotizen

Eine Tagung der Kultusminister aller Zonen soll am 27. und 28. Januar in Stuttgart stattfinden.

Eine studentische Kulturwoche findet vom 19. bis 25. Januar in Freiburg i. Br. statt.

Professor Dr. Theodor Heuss ist, wie die Rhein-Neckar-Zeitung meldet, zum Honorarprofessor der Technischen Hochschule in Stuttgart ernannt worden.

„Das Bühnenbild der Gegenwart", eine interzonale Ausstellung, die einen Überblick über das Schaffen bekannter deutscher Bühnenbildner geben soll, wurde am 11. Januar in Osnabrück eröffnet.

Joan Crawford, die beliebte amerikanische Filmschauspielerin, stellte sich unter Honorarverzicht für einen Kurzfilm zur Verfügung. Der Film soll die amerikanische Bevölkerung auffordern, Lebensmittel für das hungernde Europa zu sparen. (Dena)

Werner Jacob wurde zum Intendanten der Städtischen Oper Berlin berufen. Er hat eine Laufbahn als Schauspieler und Regisseur hinter sich, die ihn u. a. über Dessau, Breslau, Düsseldorf nach Duisburg führte, wo er von 1935 bis 1941 stellvertretender Intendant der Oper war. Seit 1945 ist er Operndirektor in Düsseldorf. (hwb)

Herausgegeben unter Militär-Regierungs-Lizenz US-WB-101. Verantwortl. Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Gottesdienste

Alt-kath. Gemeinde: 9.30 Amt m. Pred., Kriegsstraße 88.
Ev.-lutherische Gemeinde, Bismarckstr. 1: 10 Uhr Gdst., anschließend Christenlehre.
Methodistengemeinde (Friedenskirche), Karlstr. 49b: So. 9.30 Predigt und Hl. Abendmahl Supt. Mann; 11.00 U. So'Sch., 16.00 U. Bez.-Versammlung. Mi. 19.30 U. **Durlach** (Kapelle), Auerstr. 20. So. 9.30 U. P. Koelsch. Do. 19.30 Uhr.
Christengemeinschaft (Munz): So. 8 Uhr Weihehandlung.
Erste Kirche Christi Wissenschafter, Karlsruhe, Richard-Wagner-Str. 11, Gottesd.: So. 10 Uhr, Mittw. 7 Uhr.
Gemeinschaft der S.T.-Adventisten, Kriegsstr. 84: Samstag, 9.30 Uhr Bibelschule, 10.15 Uhr Pred., 19.30 Uhr Jugend. Sonntag 10 Uhr Kinder-Religionsunterricht, 17 Uhr Vorträge über zeitgemäße Themen.
Freireligiöse Gemeinde: Sonntag, 18. 1. 48, vorm. 10 Uhr, Munzsaal, Waldstr. 79, Sonntagsfeier. Vortrag von Dr. E. Schramm. Thema: „Der Gottesgedanke im mod. Weltbild".

Familien-Nachrichten

Anna Knoch geb. Heinzmann, m. lb. Frau, uns. gt. Mtt., ist a. 2. 1. i. A. v. 65 J. s. entschl. Hzl. Dk. f. erw. Tn. Frz. Jos. Knoch u. Ang., Bruchsal, Schwetz.st. 1.
Rosa Kunz geb. Pfaff, m. lb. Frau, uns. gt. Mtt., ist am 8. 12. 47 unerw. rasch gest. Für erw. Teiln. u. Kranzspd. hzl. Dk. Fam. Alois Kunz, Mtzgmstr., Stupferich.
Emma Xarrer geb. Rudi ist am 11. Jan. heimgeg. Beerd. fand in all. Stille statt. Für erw. Teilnahme herzlichen Dank. Im Namen der Hinterbliebenen.
Georg Graf, m. lb. Mann und Vater, ist am 13. 1. nach lg. Leid. gest. Beerd. 20. 1., 9 Uhr, Krem. Golla-Graf.
Wilhelm Koch, mein lb. Mann, u. gt. Vater, Schwgvt. u. Opa, ist am 11. 1. gest. Für erw. Teiln. u. Krzsp. hzl. Dank. Anna Koch Wwe. u. Kinder, Kapellenstraße 26.
Anton Gunz, Lok.-Führer a. D., uns. lb., treusorg. Vt., Schwgvt. u. Opa, ist a. 14. 1. s. entschl. Beerd. 17. 1., 10.45 U. Hptfrdh. Antonia Arnold, Gertrud Fischer.
Otto Lehn, Apotheker, uns. lb. Großv. u. Schwgvt., st. unerw. n. lg. Krkh. i. A. v. nahezu 78 J. Beerd. 19. 1., 12.30, Hptfrdh. I. Nam. d. tr. Hbl.: Müller-Lehn-Jung.
Friedrich Gut, Senatspräs. i. R., uns. lb. M., Vt., Großv. f. a. 15. 1. heimgeg. Beerd. i. all. Stille. Emma Gut geb. Brugger, Kinder u. Enkel, Khe., Herm.-Billingst. 2.
Johannes Eberhard Duntze, stud. theol.: Gott, der Herr, hat uns. lb. Sohn u. Bruder i. A. v. 20 J. zu sich gen. Fam. Joh. Duntze, Weberst. 6. Beis. 19. 1., 10.00, Hptfr.

Ihre Verlobung geben bekannt:
Lydia Böltz — Alfred Kleinbeck, Böchlingen, Karlsruhe, Kreuzelbergstraße 40.

Veranstaltungen / Vereins-Anzeiger

Gloria-Palast, Rondellplatz. Erstaufführung für Karlsruhe! Hans Albers in dem Objektivfilm G.m.b.H. „. . . und über uns der Himmel", Regie: Josef von Baky, Musik: Theo Mackeben. Ein Film der neuen deutschen Produktion mit Lotte Koch, Paul Edwin Roth, Heidi Scharf u. a. Anfangszeiten tägl.: 13.30, 15.45, 18.00, 20.15 Uhr. Vorverk. ab 10 Uhr für den gleichen und folgenden Tag. Achtung! Heute Samstag, Spätvorst., Beginn 22.30 Uhr
Die Kurbel, Kaiserstr. 211, an der Hauptpost. Einer der schönsten Filme, die je geschaffen wurden, „Romanze in Moll" — ein Doppelleben um die Liebe. Tägl.: 12.40, 14.45, 16.50 u. 21.00 U. Tagesk. ab 10 U., Vorverk.-K. (Erbprinzenstr.) v. 10—13 u. 15—18 U. Des gr. Erfolg. weg., morgen Sonntag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Spätvorst. um 23 Uhr. Sich. Sie sich bitte rechtzeit. Karten.
Pali, Herrenstraße 11, Tel. 2502. Der erste Film der deutschen Nachkriegsproduktion. Erstaufführung für Karlsruhe! Hans Albers in „. . . und über uns der Himmel" mit Lotte Koch, Paul, Edwin Roth, Heidi Scharf. Ein Objektiv-Film. Regie: Josef von Baky. Musik: Theo Mackeben. Täglich: 13, 15.15, 17.30, 19.45 Uhr. Achtung! Freitag und Samstag Spätvorstellungen. Beginn 22 Uhr. Karten im Vorverkauf: Theaterkasse ab 10 Uhr u. Sport-Hörrle, Durlacher Tor, Telefon 5537.
Rheingold, Rheinstr. 77, Ruf 6283. Vom 16. bis 22. 1. 48: **Im Film:** Sonja Henie in dem Eis-Revuefilm „Adoptiertes Glück". Ein Wintermärchen von Sonne, Schnee u. Liebe. Vorst. tägl. 15.30, 17.45 u. 20, sowie So. 13.30 Uhr. — **Auf der Bühne:** 17. 1., 13.30, „Rotkäppchen", 17. und 18. 1., jeweils 22.00, „Die Frau ohne Kuß"; 19. u. 20. 1., jeweils 18.30 Uhr „König Drosselbart"; 21. 1., 13.30, „Hänsel und Gretel". Vorverk. für Film u. Bühne, Wo. ab 14.00 u. So. ab 13.00 Uhr und tel. Bestell.
Atlantik-Lichtspiele, Kaiserstr 5 (Durlach. Tor). Ein Spitzenfilm der Welt-Film-Produktion in deutscher Sprache „Gefundene Jahre" mit Greer Garson und Ronald Colman. Das erschütternde Schicksal eines Mannes, der sein Gedächtnis verlor. Anfangszeiten: 15.00, 17.30, 20.00 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13.30 Uhr
Metropol in K.-Weiherfeld, Neckarstr. 32, Tel. 951. Bing Crosby singt — Fred Astaire tanzt in „Musik-Musik". Ein hinreißender Revue-Film. Beginn: 16, 18, 20 Uhr. So. 13.30, 15.30, 17.45, 20 Uhr. Mo.—Do. 16 und 20 Uhr. Vorverkauf täglich 10—12 Uhr.
Regina-Lichtspiele in K.-Rüppurr, Lützowstr., Ecke Langestraße. Ab Freitag, 16. 1. 48 „Ich suche meinen Mörder" mit Joan Blondell u. Roland Young. Kasse eine Stunde vor Beginn. Wochent.: 20 Uhr, Sa. u. So. 17 u. 20 Uhr.
M.T. in K.-Durlach, Ruf 684: Hertha Feiler, Heinz Salfner in „Der kleine Grenzverkehr" mit Hilde Sessak, Hans Richter, Hans Leibelt; Wo. 15.30, 17.45, 20.15; So. 14.00, 16.15, 18.30, 20.45. Heute Spätvorstellung 22.15 Uhr.
Kali in K.-Durlach, Ruf 675: Orson Welles, Joan Fontaine in „Die Waise von Lowood" mit Margaret O'Brien in deutscher Sprache. Wo. 15.30, 18.00, 20.15; So. 13.30, 15.45, 18.00, 20.15 Uhr.
Skala in K.-Durlach, Ruf 180. Vom 16. bis 22. 1. 48. Ein originelles deutsches Filmlustspiel „Der kleine Grenzverkehr" mit Herta Feiler, Heinz Salfner, Hilde Sessak u.a.m. Vorst. tägl. 15, 17.30 u. 20 Uhr, So. 13.30, 15.30, 17.45 und 20 U. Vorvk. Wo. ab 14.30, So. ab 13 U. u. tel. Best
ULI Ettlingen. Bis einschl. Donnerstag „Der kleine Grenzverkehr". Eine beschwingte Sommerkomödie mit: Herta Feiler, Hilde Sessak, Hans Leibelt, Hans Richter. Tägl. 19.30; Sa. 17.00, 19.30, 21.30; So. 14.30, 17.00, 19.30 Uhr; Mittwoch, 17.00 Uhr, Jugendvorstellung.
Konzert-Kaffee „Grüner Baum", Kaiserstr. 3, Tel. 7448. Jeden Dienstag, Donnerstag und Freitag ab 16 Uhr Tanz auf zwei Tanzflächen. Mittwochs, Samstags u. Sonntags Unterhaltungskonzert. Montags Betriebsruhe.
Kleinkunstbühne Kabarett Just, Kaiserstr. 91, Tel. 4259. Ab Januar tägl. ab 19.30 Uhr Unterhaltungskonzert, Dienstag, Donnerstag, Freitag Tanz. Samstag u. Sonntag das große Kabarettprogramm mit ständig neuen Künstlern. Sonn- u. Feiertags finden 2 Vorstellungen statt, 16 und 20 Uhr. Vorverkauf 11—13 Uhr im Lokal.
Kaffee Kabarett Roland, Ecke Kreuz- und Hebelstr. Täglich 19.30 Uhr Kabarett u. Tanz. Es konferiert Heinz Gudelius. Jeden Sonntagnachm., 15.30 Uhr, Kabarett und Tanz zu ermäß. Preisen. Ab 16. 1. neues Progr. Vorvk. 11—13 U.
Passage-Palast-Varieté, Passage 20—26, Ruf 4742. Freitag, Samst., Sonnt. Varieté-Programm. Beginn 20 Uhr. Nachtkabarett mit Tanz 22 U. Jeden Sonntag Fam.- u. Kindervorst. zu ermäß. Eintrittspreisen, Erw. 4.—, Kinder 2.00 RM. Musik u. Tanz in der Cocktail-Stube. Tägl. ab 19 Uhr geöffnet. Es spielt das beliebte Kay-Korten-Trio Sonnt. ab 19 Uhr. Vorverk. Freit., Samst., Sonnt. von 11—13 Uhr und 1 Stunde vor Beginn der Vorstellung.
Palais-Café-Bar, Herrenstr. 45/45a (Palaisgarten), Ruf 4713. Mittw., Donnerst., Samst., ab 16 Uhr, Tanz. Sonntag, ab 16 Uhr, Montag u. Dienstag ab 19 Uhr, Unterhaltungskonzert. Es spielt die Kapelle Oskar Belikan mit seinen Solisten. Freitags Betriebsruhe.
Café am Zoo, Ettlinger Str. 33. Des gr. Erfolges weg. Verlängerung d. Gastspiels der vom Rundfunk bek. Kapelle „Werner Christ's Swing Five". Tanztage: Mont., Mittw., Donnerst., ab 15.30 Uhr. Übrige Tage Unterhaltungskonz. Dienstag Betriebsruhe. Freitag ab 18 Uhr geschlossen.
Tanzbar Maxim, Zähringerstr., Ecke Waldhornstr., Straßenbahnhaltest. Hochschule, Tel. 3320, Montag, Mittwoch, Freitag Tanz. An den übrigen Tagen Unterhaltung mit Friedr. Spitznagel u. sein Quartett. Tägl. geöffn. ab 19.00.
Konzert-Kaffee Museum, Waldstr. 32, Ruf 6600. Tägl. nachm. u. abends Konzert. Gastspiel Willi Berger mit dem Tenor Hans Meerkötter. Mittw., 21. Jan., ab 19 Uhr geschl. Gesellsch. Freitag, 23. Januar, ab 19 Uhr, reserviert für Karlsruher Schwimmverein.
Konzert-Café Ellenrieder. Führend am Hauptbahnhof. Telefon 8355—56. Tägl. nachm. u. abends Unterhalt.-Konzert. Jeden Freitag Wunschkonzert. Es spielt Hans Lennartz. Des groß. Erfolges weg. zum 3. Male prolong. Montags Betriebsruhe. Freitag, 23. 1., zum 40. Male Wunschkonz.
Zum Blücher (Hst. Yorckstr.). Jed. Samstag ab 20 Uhr Tanz.
Gasthaus z. Engel, Grünwinkel, öff. Tanz a. 18. 1., ab 18 U.
Gasthaus zur Lokalbahn, Grünwinkel. Samstag, 17. 1., öfftl. Tanzveranst. Beg. 19.00, Ende 24.00 Uhr. Kap. Hein König.
Gasth. z. Eichhorn, K.-Rüppurr. 17. 1. Tanz. Kap. Tampico.
Grüner Baum, Rüppurr, Tanz am 18. 1., Kapelle Tampico.
Zum Lamm in K.-Durlach. Mittwoch u. Samstag ab 19 Uhr, Sonntag ab 16 Uhr Tanz.
Märchen-Kasperle spielt wieder in Karlsruhe im Bonifatius-Saal, Schillerstraße, Samstag, 17. 1., u. Sonntag, 18. 1., um 14.30 Uhr: „Kasperle und die Wunderlampe"; um 16 Uhr: „Kasperle in der Teufelsmühle". Eintritt: Kinder 1.—, Erw. 1.50 RM, u. 10 Pfg. Notgemeinsch. Vorverk. Samst. u. Sonntag, v. 11—12 Uhr, u. eine Stde. vor Beg.
Adventhaus-Saal (Haltest. Markthalle). Sonntag, 18. Jan., 17 Uhr, Vortrag: „Das Alte Testament". Entstehung, Inhalt und Wert. Christus und das A.T. Redner: E. Berner. Freier Eintritt.
Volksbund f. Dichtung: Dichterstunde „Dantons Tod" verlegt auf Sonnabend, 17. Jan., 19.30 Uhr, Saal: Scheffelmuseum, Bismarckstraße 24.
Werbefachverband e. V., Württ.-Baden: „Die Werbereife des Betriebes und ihre Herbeiführung durch den Werbeberater". Gastvortrag des bekannt. Werbepsychologen Meyer-Mark, 19. 1. 48, 14 Uhr, Liederhalle Stuttgart. Gäste, bes. a. d. Industrie, werden hierm. eingeladen.
A.S.V. Durlach. Samstag, 17. 1. 48, 19 Uhr, findet im Roten Löwen die General-Versammlung statt, wozu wir unsere Mitglieder freundlichst einladen. Der Vorstand.

Konzertdirektion Hans Müller

Lieder- u. Arienabend, Virginia Varney, Sopran (Boston USA). Am Flügel: Otto A. Graef, Frankfurt, Freitag, 23. Jan. 48, 19.30 Uhr, Munz-Saal. Lieder u. Arien deutscher und amerik. Komponisten u. a. Schumann, Brahms, Wolf, Marx, Graef, Beach, Hagemann, D. Wolf, Scott, Ganz, Puccini, Hahn, Charpentier. Karten von 3.30 bis 5.50 RM b. H. Müller, Bahnhofst. 38, T. 867, A. Gräff, Kaiserst. 201, H. Maurer, Kaiserstr. 237, Germania-Kiosk u. Abendkasse.
Cello-Abend Joachim Löschmann, Prof. Georg Mantel (Klavier), Donnerstag, 22. Jan. 48, 19.30 Uhr, Munz-Saal. Werke von: Breval, Saint-Saens, Debussy und Fauré. Karten von 3.30 bis 5.50 bei Hans Müller, Bahnhofstr. 38, Telefon 867, A. Gräff, Kaiserstr. 201, H. Maurer, Kaiserstraße 237, Germania-Kiosk, u. a. d. Abendkasse.
Die Deutsche Märchenbühne, Frankfurt/Main, bringt am 21., 22., 23. und 24. Jan. 48, jeweils 15 Uhr, im Bonif.-Saal, ein lustiges Spiel für die Jugend „Der Struwwelpeter". Ein frohes Märchenspiel für Jung und Alt nach dem gleichnamigen Bilderbuch von Dr. Heinrich Hoffmann. Karten zu 1.—, 2.—, 3.— RM bei Hans Müller, Bahnhofstr. 38, Tel. 867, A. Gräff, Kaiserstr. 201, H. Maurer, Kaiserstr. 237, Germania-Kiosk u. a. d. Tageskasse.

Badische Gastspiel-Direktion Karlsruhe

Bunter Abend mit allerlei Überraschungen u. anschl. Tanz, Mittw., 21. Jan., 19.30 Uhr, im „Elefanten", Kaiserstr. Vorverkauf: Germania-Kiosk.

Konzertdirektion Kurt Neufeldt

Mozarts sämtl. Klavier-Sonaten spielt Prof. Dr. Paul Greeff (Köln) am 17. 18., 19. und 21. Jan. im Munzsaal. Platzmieten zu 13.20, 8.80 und 6.60 für alle 4 Abende zusammen bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 83 (10—12), Einzelkarten zu 2.20, 3.30 und 4.40 Mk auch bei Gräff, Germania-Kiosk und an der Abendkasse.
Das Köckert-Quartett spielt Dienstag, 20. Jan., 19.30 Uhr, im Bonifatiussaal Beethoven: Streichquartette F-dur Op. 18 Nr. 1, Es-dur Op. 127, G-dur Op. 18 Nr. 2. Karten von 6.60 bis 3.30 bei Neufeldt, Gräff, Germania-Kiosk und an der Abendkasse.
Erik Then-Bergh, einer der hervorragendsten deutschen Pianisten, spielt Samstag, 24. Jan., 19.30 Uhr, im Munzsaal Reger: Sonatine Op. 89 Nr. 2, Mendelssohn: Var. sérieuses, Schumann: C-dur-Fantasie, Brahms: Händel-Variationen. 3.30 bis 5.50 RM.
Roman Schimmer und Emil Debusmann spielen Montag, 26. Jan., 19.30 Uhr, im Munzsaal Violin-Sonaten von Beethoven u. Saint-Saëns, Bach: Violin-Solo-Sonate, Schubert: Rondo brillant. 3.30 bis 5.50

Theater

Badisches Staatstheater (Konzerthaus)

Sonntag, 18. 1., 14.30: **„Schneewittchen",** Weihnachtsmärchen von Semper-Reiner.
18.30: **„Fidelio",** Oper v. Beethoven.
Montag, 19. 1., 19.00: **„Der Troubadour"** (Kulturb. 5. Reihe), Oper von Guiseppe Verdi.
Dienstag, 20. 1., 18.30: **„Im weißen Rößl",** Operette von Ralph Benatzky.
Mittwoch, 21. 1., 19.00: **Neuinszenierung: „Ingeborg",** Lustspiel von Curt Goetz.
Donnerstag, 22. 1., 19.00: **IV. Symphoniekonzert der Badischen Staatskapelle.**
Freitag, 23. 1., 19.00: **IV. Symphoniekonzert der Badischen Staatskapelle.** Wiederholung.
Samstag, 24. 1., 14.30: **„Schneewittchen".**
17.30: Geschloss. Vorstellung für die T.H. **„Der Rosenkavalier",** Komödie für Musik von Hugo v. Hoffmannsthal, Musik von Richard Strauß.
Sonntag, 25. 1., 14.30: **„Schneewittchen".**
19.00: **„Der trojanische Krieg findet nicht statt".** Ein Stück von Jean Giraudoux.

Karlsruher Kammerspiele (Leitung Erich Schudde)
Vorstellungen im Passage-Palast:

Dienstag, 20. 1., 19.00 Uhr: **„Der verkaufte Großvater",** Schwank von Fr. Streicher. Miete C und fr. Verkauf.
Mittwoch, 21. 1., 19.00 Uhr: **„Der verkaufte Großvater".** Miete D und freier Verkauf.
Donnerstag, 22. 1., 19.00 Uhr: **„Der verkaufte Großvater".** Freier Verkauf.

Volkstheater Karlsruhe: Festhalle Durlach

Dienstag, 20. 1., 19.00: **„Die Frau ohne Kuß",** musik. Lustspiel v. Rich. Keßler, Musik von Walter Kollo.
Mittwoch, 21. 1., 19.00: **„Die Frau ohne Kuß".**

Volkstheater Karlsruhe: „Rheingold", Mühlburg

Mittwoch, 21. 1., 13.30: **„Hänsel u. Gretel",** Märchenspiel mit Musik und Tanz nach Gebr. Grimm.
Samstag, 24. 1., 13.30: **„Hänsel u. Gretel".** 22.00: **„Friederike",** Operette von Franz Lehar.
Sonntag, 25. 1., 22.00: **„Die Frau ohne Kuß".**

Amtliche Bekanntmachungen

Brot: Für die 3. und 4. Woche der 110. Zuteilungsperiode werden aufgerufen: Erw. (11, 21, 31) 3. Wo. III 1000 g, C 1000 g, Z 101 1000 g; 4. Wo. IVa 1000 g, IV b 500 g, Z 102 1000 g. Jugendl. (12, 22, 32) 3. Wo III a 1000 g, III b 1000 g, Kl.A. III 500 g, Z 101 1000 g; 4. Woche IV a 1000 g, IV b 1000 g, Z 102 500 g, C 500 g, Kinder (13, 23, 33) 3. Wo. III 1000 g, III 500 g, Kl.A. III 500 g, C 1000 g; 4. Wo. IV 1000 g, IV 500 g, Z 101 1000 g. Kleinkinder (14, 24, 34) 3. Wo. Kl.A. III 500 g, III 1000 g; 4. Wo. IV a (ZW) 200, IV b (ZW) 200 g, B 1000 g. Kleinstkind. (15, 25, 35) 3. Wo. Kl.A. III 500 g, III (ZW) 200 g; 4. Wo. IV 500 g, IV (ZW) 200 g. Säuglinge (16) 3. Wo. III a (ZW) 200 g, III b (ZW) 200 g, III c (ZW) 200 g, IV a (ZW) 200 g, IV b (ZW) 200 g; 4. Wo. — —. Der Brotabschn. B der Karten 11, 21 und 31 darf nicht beliefert werden. Abschnitte Z 101 und Z 102 mit den Aufdrucken „TSV-Brot" oder „Fl.Br." oder „Bu.Br." oder „Hannover" oder „Oldenburg" dürfen nicht belief. werd.

Krankenbrot: Es wird besonders darauf hingewiesen, daß nur die aufgeruf. Abschnitte belief. werden dürfen, auch wenn nichtaufgerufene Abschnitte mit dem Dienstsiegel des Ernährungsamts versehen sind. — Die Abstempelung der Brotabschn. für Krankenbrotempfänger erfolgt in der Zeit vom Freitag, 16. 1. bis einschl. Montag, 19. 1. 48 beim Ernährungsamt, Otto-Sachs-Str. 5, Zimmer 11, für Durlach i. Rath. Durl. Khe., 13. 1. 48. E.-A. Khe.-Stadt.

Reisemarken. Die Gültigkeitsdauer der grünen Reisemarken „105—109" wird bis einschließl. 111. Zuteilungsperiode (29. 2. 48) verlängert. Ab sofort können auch die neuen rotbraunen Reisemarken „US 109—113" und „Br. US 109 bis 113" eingel. werd. Khe., 14.1.48. E.-A. Khe.-Stadt/-Ld.

Ausgabe der Sonderkarten für Zulageempfänger. Die mit Bekanntmachung vom 7. 1. 48 erwähnte Ausgabe der Sonderkarten für Empfänger von Normal-, Teilschwer-, Schwer-, Schwerst- und Mittelschwerarbeiterzulagen erf. in d. Woche v. 19. bis 24. 1. 48. Sie wird für Kher. Betriebe durch das Ernährungsamt, Otto-Sachs-Str. 5, Zi. 24, f. Durl. Betr. i. Rath. Durl. durchgef. Die Abholung d. Karten muß unbed. in dies. Zeitr. erfolg. Pol. Verfolgte erh. diese Sonderkarte am Montag, 19. 1. 48 u. Dienst., 20. 1. 48. Versehrte erh. ihre Sonderk. Montag, 19. 1. u. Dienst., 20. 1. 48, bei den Bezirksstellen. Die Ausgabe der Zulagekart. für d. 111. Zut.-Per. kann erst ab Donnerst., 29. 1. 48 erfolgen. Karlsruhe, 14. 1. 1948 Ernährungsamt Karlsruhe-Stadt.

Ehrendienst der Betriebsangehörigen des Bauhaupt- u. Baunebengewerbes in Karlsruhe. Nach dem am 20. 3. 47 v. Herrn Oberbürgermeister erlass. Aufruf zur Durchführ. des Ehrendienstes wird die Ehrenkarte 1947 nur an die K'her Einwohner verliehen, die a. d. Baust. d. AAK a. d. Schuttbeseitig. tatsächl. persönl. mitgearb. haben. Sie wird geg. Rückgabe der v. d. AAK. bescheinigt. Teilnehmerkarte v. Arbeitsamt Khe., Kapellenstr., ausgehändigt. Die Wiederaufbaukarte ist für die b. Wiederaufbau d. zerstörten und beschäd. Gebäude beschäft. Betriebsangeh. d. Bauhaupt- u. Baunebengewerbes vorgesehen. Sie wird vom Städt. Tiefbauamt auf besond. schriftl. Antrag d. Betriebsinhabers f. d. in Frage komm. Betriebsangehörigen ausgegeb. Voraussetzung ist, daß eine Beschäft. v. mind. 6 Mon. im Bauhaupt- od. Baunebengewerbe nachgewiesen wird. Die Anträge a. Gewährung der Wiederaufbaukarte 1947 müssen spätestens am 15. 2. 1948 beim Städt. Tiefbauamt eingeg. sein. Der Ehrendienst 1947 endet am 31. 3. 1948. Es werden hiermit nochmals alle K'her Männer v. 16 bis 65 J. aufgefordert, ihren Ehrendienst, soweit dies bisher nicht geschehen ist, im Interesse ihrer Heimatstadt bis zu diesem Zeitpunkt nachzuholen. Meldung b. Arbeitsamt od. bei der AAK., Nowacksanlage 4. Das Städt. Tiefbauamt.

Inanspruchnahme von Möbeln und Einrichtungsgegenständen durch die Besatzungsmacht. Alle Personen, deren Eigentum (Möbel, Hausrat usw.) von der amerik. (bzw. französisch.) Besatzungsmacht im Stadtkr. Khe. zu irgendeinem Zeitp. seit der Besetzung am 4. 4. 1945 in Anspruch genommen wurde od. noch wird, werden geb., ein „Antragsformular auf Entschädig. f. Möbelinanspruchnahme" b. Städt. Wohnungsamt, Khe., Kapellenstr. 7, Zi. 24 (3. Stock) mögl. umgeh. in Empfang zu nehmen. In all. Fällen ist vor einer zu erfolg. Schadensregel. der erwähnte Antr. über das Wohnungsamt einzureichen, da er dem Besatzungskostenamt als 1. Grundlage f. d. Bearb. d. Schadenersatzansprüche dient. Diejen. Pers., welche nicht in der Lage sind, die Formulare beim Wohnungsamt abzuholen, werd. gebeten, ihre derzeit. Anschrift unt. Bezugn. auf diesen Aufruf hier anzuzeigen. Übermittl. der Formulare erfolgt sodann auf dem Postwege. Wenn in der Behandl. von Schadenersatzansprüchen Versäumnisse entstehen sollten, die auf die Nichtbeacht. dies. Bekanntmach. od. auf eine nicht genüg. od. nicht sorgfält. Ausfüll. d. Fragebog. seit. d. Geschädigten zurückzuführ. sind, ist das Wohnungsamt genötigt, jede Verantwort. f. die daraus resultierenden Folgen zurückzuweisen. Städt. Wohnungsamt.

Sonntagsdienst der Ärzte von Khe. und Durlach. Dr. Baumgart, Kriegsstr. 76, Tel. 5910; Dr. Kiefer, August-Dürr-Str. 9, Tel. 4388; Dr. Walde, Bunsenstr. 3, Tel. 6478; Dr. Zeil, Silcherstr. 7, Tel. 4211; Dr. Zufall, Lebrechtstr. 41, Tel. 2782; Durlach: Dr. Heinz, Reichenbachstr. 17, T. 681.

Ärzte

O'med.-Rat Dr. O. Schmelcher, Khe.-Land 1, Heidestr. 14, Gartensiedl. Neureut. Prax. aufgen. Mo., Mi., Do., 3-5, Sa. 10-12 u. nach Vereinb. Keine Kassen. Tel. 7821.
Dr. med. G. Zufall, Facharzt f. innere Krankheiten: Habe meine Praxis aufgenom. in Khe., Viktoriastr. 24 (Ecke Westendstr.). Sprechstd. 11 bis 12 u. 15—17 Uhr, außer Mi. u. Sa. nachm. Tel. 2915, außerh. d. Sprechstd. 2782.
Zurück: Dr. Kurt Deis, Facharzt f. inn. Krkh. Durlach, Badenerstr. 4, Telefon 385, Sprechst.: Mo.—Fr. 9—12, Samstag 9—11 Uhr.
Dr. Bandorski, Zahnärztin, Kronau: Habe die Praxis v. Dr. Schlüter übernommen.

Verloren

Silb. Armband (3 Amethyste) vl. 13. 1. Belohn. (Nützl.) Eisenlohr, Hirschstr. 173.
Lebensmittelkarte und Teilschwerarbeiterk. 13. 1. vl. Klipfel, Khe., Mathystr. 36.
2 Schlüssel a. Ring 13.1. Südweststr. vl. Bl. ✉ 3622 BNN
Schw. Handtasche 13. 1. Durlach, Pfinztalstr. vl. Bel. Metzg. Kunz, Stupferich.
Umhängetasche 11. 1., Nähe Hbf. verl. Bel. Wilmanns v. Wildenkron, Roonstr. 18.
Segeltuchkoffer, braun, Hst. Schillerst. 15. 1., 4.15-5.00 st. gebl. G. Bel. Fundbüro.
Pol. Kz. 56 A 873, m. Klapptüre f. Anh., Wilferdingen-Khe. vl. Metzg. Ade, Khe., Klauprechtstr. 25, T. 3831.

Werbung

Wir übernehmen die Verarbeitung Ihrer Stoffe zu Anzügen, Mänteln u. Kostümen, sowie das Wenden u. Umarb. v. Mänt. u. Anz. in gt. Ausführ. Hiller, Herren- u. Knab.-Kldg., Khe., Adlerstr. 46/48 gegenüb. d. Markthalle, Tel. 7557.
Für 12 Hasenfelle liefern wir Ihnen einen schö. Damen-Haar-Hut. Otto Hummel, Karlsr., Kaiserstr. 125.
Zur Pflege Ihres Haus- und Ziergartens, Schneiden von Obstbäumen u. Heck. empfiehlt sich Landschaftsgärtner Kurt Bassemir, Karlsr., Ettlinger Straße 47.
Neuanfertigungen, Änderungen u. Reparaturen in Damen- u. Herrenkonfektion, Damen- u. Herrenwäsche (auch Trikot), Regenschirmen, Damenstrümpfen und Krawatten können ab sofort wieder angenommen werden. Kaufhaus Hölscher, Karlsruhe.
Herrenhemden, Wäsche jeder Art, Damenblusen, fertigt nach Maß: Wäsche-Maß-Atelier J. Beideck, Khe., Vinzentiusstraße 7.
In gesunden u. kranken Tagen Biomaris mit den natürl. Mineralsalzen d. Meeres. Verkaufsstelle: Fa. M. Hauer, Khe., Nebeniusstraße 10, Telefon 978.
Frisch und gesund dem Winter entgegen! Dazu wird eine Biomaris-Meerwasser-Trinkkur verhelfen. Biomaris-Erfrischungstrank, Biomaris-Kurtrank. Getränke-Troullier, Tel. Khe. 3640.
Biomaris-Kurgetränk, ärztlich empf. bei Katarrhen, Stoffwechselleiden, Verdauungsbeschwerden, Entwicklungsstörungen bei Kindern u. f. Genesende. Getränke-Troullier, Tel. Khe. 3640.
Schreibstube Ch. Rühmann, K.-Weiherfeld, Mainstr. 32, Erledig. sämtl. Schreibm.-Arb., Aufsetzen v. Gesuchen aller Art. Büro f. Erledigung priv. Angelegenheiten. — Übernahme von Reisen, Ausführ. v. Auftr. jegl. Art in allen Zonen. Sprechzeit tägl. v. 9—12 U.
Anzüge, Mäntel, Hosen usw. fertigt aus Ihren Stoffen in gt. Verarb., prompt und flott (auch Umarbeiten von Uniformen). M. Thiel, Rekord-Kleidung, Karlsruhe, Markgrafenstraße 30a.
BO-HO-Büromöbel geg. Bezugsberechtigungs - Scheine lieferbar. Vertret.: Franz Krob, Karlsruhe, Tel. 3904.
In punkto Schönheitspflege merke Dir: „Das Bessere ist des Guten Feind!" Das Bessere heißt: Biologisch-dynamische Gesichtsmasken. Zu bez. durch d. „EL-VE-Ze", Karlsr., Renckstr. 3.
Hochfrequenzappar. - Besitzer! Rat u. Auskunft üb. Repar. u. Ersatzteillief. d. d. „EL-VE-ZE", Khe., Renckstr. 3.
Herren-, Burschen-, Knabenkleidung aus Ihren Stoffen n. aus zertrennter Kleidung fertigt Fa. Bruno Schneyer, Durlach, gegenüb. Rathaus. Mod. Ausf., beste Paßform, fachm. Berat. Annahme tgl. außer Montag u. Mittwoch.
Gegen Würmer hilft Vermotan, das unschädl. u. zuverläss. Wurmmittel. Erh. in allen Apotheken. Hersteller Apotheker Dr. W. Mayer, Stgt-Bad Cannstatt.
Damen- u. Mädchenkleidung aus Ihren Stoffen u. zertrennter Kleid. fertigt in mod. Ausf. u. bester Paßform. Fachm. Berat. Annahme tägl., außer Mont. u. Mi. Fa. Bruno Schneyer, Durlach, gegenüb. Rathaus.
Jetzt daran denken! 1 Bettuch = 1 Mantel od. Kostüm für d. Sommer: Mantel imprägn. o. Kostüm i. braun, grün, rot. Flotte, sportliche Form. Fa. Bruno Schneyer, Durlach, gegenüb. Rathaus.
Bruchleidende tragen mein seit vielen Jahren bewährtes, federloses Band. Ohne Eis.- u. Stahlbd. C. Reyher, Stuttgart, Senefelderst. 45, Khe., Die., 20.1., Hot. Bayr. Hof, 8.30 bis 16.00 Uhr.
Klavierstimmungen einschl. Reparaturen überallhin, fachgem. durch Klaviertechniker K. Buchta, Ettlingen, Friedenstr. 25.
Trachtenknöpfe (Metall), größerer Restposten, bei Findling, Ettlingen, Lechleiterstraße 1.
K. Braunbarth, Buchhandlung, Leihbücherei, Bruchsal, Wilderichstr. 26 (Eing. Schillerstraße).
Frisiersalon Josef Schleicher, Bruchsal, eröffnet! Württembergerstraße 54.
Die kleinste und billigste Durchschreibe-Buchführung! Kennen Sie System C. v. Carnap für Kleinbetriebe, Handwerker, freie Berufe? Sof. lieferb. Prosp. durch: Treuhand-Buchvertrieb H. Münzel G m. b. H., (14a) Korntal b. Stuttg., Postf. 90
Planen, Beratung, Verbessern veralteter Betriebe u. Einrichtung neuer Betr. von Betonwaren, Fertigbauteilen, Leichtbeton, Leichtbauplatten, Holzbeton, Holzsteinfußboden in Platten u. fugenlos. Konstruktion u. Lief. v. Masch. u. Formen f. d. Herst. v. Beton-Fertigbauteilen, Beton- und Kunststeinwaren jeder Art. Ingen. Otto Urban, (20b) Braunschweig, Charlottenstraße 3.
Nichtraucher in 1—3 Tagen! Auskunft kostenlos. Laboratorium Hansa., Friedrichshagen L 133 b. Berlin.
Elektro-Kabelwinde, Stahlguß-Ausführung, gefräste Zahnräder, Zugkraft 7500 kg, kurzfr. lieferb. Vertreter f. hies. Bez. gesucht. Edm. Rust, Hamburg 11, Gröningerstraße 21, Ruf 32 33 00 und 32 57 00.
Trommsdorff-Samen — keimendes Gold! Sie können bald den neuen Katalog uns. Erfurt. Sämereien erhalten, wenn Sie uns jetzt Ihre genaue Anschrift mitteilen. Bitte recht deutlich in Druckbuchst. schreiben an: Siegfried Trommsdorff, Gartenbau — Samenversand, Blumenstadt Erfurt 10.
Der CELA-Pflanzenschutzmann rät: Nehmt den Verstäuber ins Gebet! Bessert aus, und richtet ein: Hauchfein muß die Stäubung sein! NEXIT, der tödliche Staub.
KIKO mit dem Gockelhahn, hochwertige Kindernährkost aus ausgesuchten Rohstoffen, süß, aromat., leicht verdaulich! Verkauf nur durch Fachgeschäfte: Apotheken, Drogerien. Gebr. Pauly KG. Bad-Homburg.
Sanatorium für Nervenkranke: Professor Kahle, Köln-Dellbrück (Entziehungskuren).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg